

N 20587 F

Fragen der Freiheit



Mai/Juni 1992
Heft 216

Geldstrom und Warenstrom

Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit

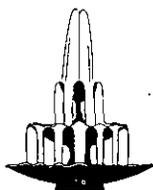
Pierre-Joseph Proudhon

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 216

Mai/Juni 1992



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Eckhard Behrens</i>	
Der Geldstrom trägt den Warenstrom Zwischen Käufermarkt und Verkäufermarkt zu Sozialer Marktwirtschaft	3- 7
<i>Helmut Creutz</i>	
Geldwertstabilität Das Dilemma der Notenbanken mit der Geldmengensteuerung	8-21
<i>Fritz Penserot</i>	
Grundgesetz und Wirtschaftsordnung	22-23
<i>Dokumentation</i>	
Aus der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank	24-40
<i>Peter Gerber</i> Eröffnungsansprache	
<i>Markus Lusser</i> Geldpolitik und Wirtschaftslage in der Schweiz	
<i>Hans Hoffmann</i> Die Schweizerische Nationalbank als Finanzministerhilfe!	
<i>Heinz-Hartmut Vogel</i>	
Der Mensch und das weibliche und männliche Prinzip	41-53
<i>Tagungsbericht</i>	
<i>Roland Geimann</i>	
Geldwertstabilität – ein unerreichbares Ziel? Tagung vom 4. und 5. Juli 1992 in Bad Boll.	54-58
<i>Buchbesprechung</i>	
<i>Josef Hüwe</i>	
Georg Otto: Warum der Marxismus scheitern mußte	59-61
Die Mitwirkenden dieses Heftes	61
Berliner Tagung der F.-Ebert-Stiftung	62-63

Dieses Heft kann wegen Überlastung der ehrenamtlichen Redaktion leider erst Ende Juli 1992 ausgeliefert werden. Die Abonnenten werden freundlichst um Verständnis gebeten. Wir hoffen, den entstandenen Rückstand mit dem nächsten Heft aufholen zu können. Ihre Redaktion

Der Geldstrom trägt den Warenstrom

Zwischen Käufermarkt und Verkäufermarkt
zu Sozialer Marktwirtschaft

Eckhard Behrens

Die Waren strömen vom Produzenten über den Handel zum Konsumenten. Das Geld strömt dem Warenstrom entgegen: vom Konsumenten über den Handel zum Produzenten. Dabei bildet das Geld einen geschlossenen Kreislauf, weil es als Einkommen aus einer Tätigkeit im Handel oder in der Produktion, als Einkommen aus Zinsen oder Bodenrenten oder als Einkommen aus der staatlich organisierten Umverteilung zu den Konsumenten zurückfließt. Für unsere Betrachtung steht dieser Kreislauf als solcher nicht im Vordergrund. Wir wollen den Blick auf die Begegnungen von Geld und Ware lenken. Wir können an dieser Stelle des Geldkreislaufs Phänomene beobachten, die eigentlich jeder kennt, und können bei genauerem Hinschauen wesentliche volkswirtschaftliche Einsichten gewinnen.

Je nach dem, welcher dieser beiden Ströme gerade stärker ist, besteht ein Geldüberhang oder ein Warenüberhang. Man spricht dann von Verkäufermarkt oder Käufermarkt und meint damit den jeweils mächtigeren Marktpartner. Wenn den Verkäufern alle Waren – und sei die Qualität noch so schlecht – aus der Hand gerissen wird, dann bestimmen sie, welcher Kunde Ware bekommt und welcher auf seinem als wertloser als die Waren angesehenen Geld sitzen bleibt. Der Verkäufer muß nicht mehr verkaufen, sondern nur noch verteilen, ja zuteilen wie eine Behörde der Mangelverwaltung. Ein Teil des Geldstromes, der nach Waren sucht, bleibt erfolglos in den Taschen oder auf den Konten der Menschen.

Der Markt sucht den Ausgleich durch Preissteigerungen – durch Inflation. Wenn diese ausgleichend wirkenden Preissteigerungen staatlich verhindert werden, dann spricht man von »zurückgestauter Inflation«. Das Geld will fließen, kann aber nicht, weil der Warenstrom zu schwach ist. Die staatlich reglementierten Preise decken nicht alle Kosten. Deshalb erscheinen den Produzenten und Händlern die Waren, wenn sie überhaupt noch hergestellt und angekauft werden, wertvoller als das Geld. So weit, wie es ihnen bei dem Risiko staatlicher Strafen möglich ist, halten die Händler und Produzenten ihre Waren zurück – für gute Freunde, zur Pflege guter Beziehungen, die man braucht, um selber an knappe Waren als Konsument oder Weiterverarbeiter heranzukommen, für den schwarzen Markt und schließlich für ganz gewöhnliche Tauschgeschäfte Ware gegen Ware, wie in der ökonomischen Steinzeit. – In Osteuropa war dies bis vor wenigen Jahren die

allgemeine Alltagserfahrung von Herrn und Frau Jedermann, die anstehen mußten nach Ware.

Auf dem Käufermarkt ist der Kunde König. Hier muß der Verkäufer hinter seinem Ladentisch anstehen nach Geld. Der Warenstrom staut sich in den Schaufenstern und auf den Verkaufstischen der »Polenmärkte«. Das riesige Warenangebot täuscht Wohlstand vor – auch dort, wo wie zur Zeit in Osteuropa die Produktion zusammenbricht und Arbeitslosigkeit grassiert: die Schaufenster und Ladentische sind brechend voll. Der Geldstrom ist zu schwach, alles aufzunehmen, was produziert wurde. Es fehlt nicht an Bedarf der Konsumenten, aber sie halten nicht genügend Nachfrage. Wenn sie überhaupt Geld haben, geben sie es nur zögerlich aus. Das Geld will nicht so recht fließen; der Geldinhaber kann warten. Die Ware muß aber zügig abgesetzt werden, weil sie altert und ihre Lagerung meist mit Verlusten und immer mit Kosten verbunden ist.

Wenn der Geldstrom zu schwach ist, muß die Produktion gedrosselt werden. Der einzelne Produzent kann sich durch Qualitätssteigerung und Preissenkung helfen, solange es ihm gelingt, durch Rationalisierung oder Lohnsenkung dafür Spielräume zu erkämpfen. Der Wettbewerb der Produzenten und Händler untereinander wird also schärfer, rücksichtsloser. Immer mehr von ihnen scheiden ganz aus dem Markt aus; das heißt aber: sie und ihre bisherigen Mitarbeiter erzielen kein Einkommen mehr, können also nichts oder nur noch das wenige kaufen, was man sich mit der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe leisten kann.

Wenn der Markt einen Ausgleich zwischen der zu schwachen Nachfrage und dem drängenden Angebot in einer Tendenz zu Preissenkungen sucht, werden alle Einkommensbezieher beim Geldausgeben noch zögerlicher. Sie warten, wenn sie irgend noch warten können, mit ihrem Konsum, weil sie morgen oder übermorgen in den Genuß gesunkener Preise kommen wollen. Auch die nur zeitlich aufgeschobene Nachfrage läßt die Lager anschwellen und führt zu Produktionseinschränkungen und weiter sinkenden Einkommen, weiter sinkender Nachfrage und weiter sinkenden Preisen mit noch stärkeren Verzögerungen beim Geldausgeben derjenigen, die noch Geld besitzen.

Sie befürchten, selbst bald wegen der allgemeinen Schwäche der Wirtschaftskonjunktur ihr Einkommen ganz oder teilweise einzubüßen und bilden deshalb eine »Vorsichtskasse«, d.h. sie sparen einen zusätzlichen Teil ihres Einkommens. Diese zusätzlichen Ersparnisse gehen nicht in arbeitsplatzschaffende langfristige Investitionen, weil sie dem Kapitalmarkt nicht langfristig zur Verfügung stehen, sondern als Notgroschen allenfalls kurzfristig verliehen werden. Die Investoren werden auch bei reichhaltigem Kapitalangebot untätig bleiben, solange sie keine steigende Nachfrage nach Waren erwarten.

Der Geld besitzende Kunde ist nicht erst bei sinkenden Preisen König. Bei stabilen Preisen herrscht immer noch ein Käufermarkt, weil die Waren unter Angebotsdruck stehen – das Geld aber nicht. König Kunde genießt seine Rolle, gleichgültig, ob er viel oder wenig Geld in der Tasche hat. Jeder ist Konsument und jeder schätzt es, als Kunde König zu sein, aus einem Überangebot wählen zu können und mit Servilität vom Verkäufer bedient zu werden. Wer bedenkt denn schon, daß die Folgen dieser Überlegenheit unseres Geldes über die Ware ein ständiges Zurückstauen des Stromes der Waren, die Minderauslastung der Produktionskapazitäten, die hartnäckige Arbeitslosigkeit und ständiger Gewinn- und Lohndruck sind.

Wir alle sind verwöhnte Kunden, die nur manchmal ganz leise Skrupel plagen, wenn wir die Unterwürfigkeit wahrnehmen, mit der uns viele Verkäufer begegnen. Jahrhundertelanger Umgang mit dem fast immer überlegenen Geld hat beiden Seiten, den Käufern und den Verkäufern, das Gefühl für die wahre Gegenseitigkeit im Austausch von Geld und Ware getrübt. Erst wenn wir den Blick bewußt auf historisch auch beobachtbare starke Schief lagen voll ausgeprägter Inflationen und Deflationen lenken und genau vergleichen, wird uns die kleine Ungerechtigkeit des stabilen Geldes, die sich in jeder einzelnen Verkaufsverhandlung leise auswirkt, bewußt. Ihre weitreichende volkswirtschaftliche Wirkung zu ermessen, ist nur dem möglich, der auch kleine Ungerechtigkeiten sehr ernst nimmt, wenn er erkennt, daß sie sich summieren müssen und durch nichts ausgeglichen werden.

Der Käufermarkt ist ebenso ein Phänomen wirtschaftlichen Ungleichgewichts wie der Verkäufermarkt. Zwischen beiden muß es jedoch eine Zone ökonomischen Gleichgewichts – einen Übergangsbereich – geben. Wir haben schon herausgearbeitet, daß nicht nur bei sinkenden, sondern auch noch bei stabilen Preisen ein Käufermarkt besteht. Den Übergangsbereich zwischen Käufer- und Verkäufermarkt müssen wir daher im Bereich der Inflationsraten suchen. Wir finden ihn nicht schon bei ganz leichten Preissteigerungsraten, sondern erst, wenn das Halten von Geld ebenso verlustbringend ist wie das Halten von Waren. Dazu müssen die Inflationsraten mindestens drei, wenn nicht fünf, ja in Wirtschaftsordnungen mit großen Umstrukturierungsproblemen und entsprechend großen Risiken noch mehr Prozent betragen. Ob in unserer vollentwickelten westlichen Marktwirtschaft drei Prozent Inflation ausreichen oder vier oder fünf Prozent Inflation erforderlich sind, um den Käufermarkt zu überwinden, ist wahrscheinlich nur durch einen längerfristigen Versuch der Bundesbank herauszufinden. Ebenso müssen wir erst noch Erfahrungen sammeln, wie breit zwischen dem Käufer- und Verkäufermarkt der Übergangsbereich wahrer Gegenseitigkeit – ausgedrückt in stetigen, bewußt erlebten Inflations-

raten – wirklich ist. Ein Verkäufermarkt entsteht vermutlich erst bei Inflationsraten über 10%.

Es geht auch ohne Inflation, wenn das Altern des Geldes mit einer anderen Technik herbeigeführt wird. Man kann die einzelnen Banknoten altern lassen, d.h. einem leichten Wertverlust unterwerfen und damit dem Geldstrom das gleiche Gefälle geben wie dem Warenstrom. Schon heute darf die Bundesbank ausgegebene Banknoten für ungültig erklären und dafür neugestaltete ausgeben. Wenn ihr der Gesetzgeber gestatten würde, bei diesen Gelegenheiten Umtauschgebühren (Aufgelder) zu erheben, die so zu bemessen sind, daß die private Kassenhaltung im Durchschnitt mit 5% jährlich belastet wird, würde jedermann unnötige Kassenhaltung vermeiden, d.h. er würde alle Einnahmen alsbald wieder ausgeben oder langfristig dem Kapitalmarkt zur Verfügung stellen. Ein auf diese einfache Weise alterndes Geld bildet einen stetigen Geldstrom.

Ein Käufermarkt kann auch bei Geldwertstabilität nicht entstehen, wenn die Geldzeichen im Durchschnitt ebenso stark altern, wie die Waren im Durchschnitt altern. 5% jährliche Gebühren auf die Kassenhaltung sind für jeden viel erträglicher als die Kalkulationserschwerungen durch 5% verstetigte Inflation. Wer im Jahresverlauf durchschnittlich DM 1.000,- bar bei sich trägt – die meisten von uns Normalverbrauchern kommen wohl mit deutlich weniger aus –, müßte mit jährlich DM 50,- Gebühren rechnen. Wer zahlte die nicht gern als Preis für dauernde Stabilität des Geldwertes?

Die Inflations- oder die Alterungsrate des Geldes entscheidet darüber, ob der Geldstrom den Warenstrom nur teilweise oder restlos aufnimmt. Wir haben gesehen, daß im Verkäufermarkt alle überhaupt angebotenen Waren vom Geldstrom unverzüglich aufgesogen werden, nur im Käufermarkt stauen sich die Waren und stockt die Produktion, weil der Geldstrom zurückgehalten wird. Gelingt es, den Geldstrom zu verstetigen, dann kann sich der Warenstrom bis zur Grenze der Vollbeschäftigung entfalten. Das ökonomische Gleichgewicht zwischen Geldstrom und Warenstrom zeigt sich in ihrem stetigen Fließen mit gleichen Stromgrößen. Käufer und Verkäufer treten dann einander gleich mächtig oder besser gesagt: gleich machtlos gegenüber. Es herrscht weder ein Käufer- noch ein Verkäufer-, sondern ein wirklich ausgeglichener Markt der Gegenseitigkeit (Brüderlichkeit zwischen Käufer und Verkäufer) mit Beschäftigung für alle, die eine für andere nützliche Leistung erbringen können und wollen. Der hohe Anspruch, der in dem Begriff Soziale Marktwirtschaft liegt, wird nur erfüllt, wenn auf die Überlegenheit des Geldes über die Ware verzichtet und dadurch die Tauschgerechtigkeit zwischen Geld und Ware dauerhaft hergestellt wird.

Strom und Gegenstrom müssen einander in Volumen und Geschwindigkeit genau entsprechen. Die Notenbank muß die Geldmenge nach dem Produktionspotential, d.h. nach dem möglichen Produktionsvolumen der Volkswirtschaft bemessen, damit alle Produktionsfaktoren voll ausgelastet produzieren können, ohne daß es zu Absatzstockungen kommt. Darum bemüht sie sich auch. Das Mengengleichgewicht für sich allein ist aber nicht ausreichend, weil es auf das Strömungsverhalten von Geld und Ware ankommt.

Wir haben beobachtet, daß im Verkäufermarkt Ware und im Käufermarkt Geld tendenziell zurückgehalten wird, also nicht gleichmäßig genug strömt. Wenn wir stetige Vollbeschäftigung der Wirtschaft wollen, müssen wir geduldig und vorurteilsfrei die Übergangszone zwischen Käufer- und Verkäufermarkt suchen. Und wenn wir sie gefunden haben, müssen wir der Notenbank den richtigen Kurs weisen. Sie wird abwarten, ob wir uns als Konsumenten bereiterklären, auf die Überlegenheit des von ihr ausgegebenen Geldes über die Ware zu verzichten, damit wir als Unternehmer und Mitarbeiter die Chancen dauerhafter Vollbeschäftigung nutzen können. Nur die Verbreitung besserer Einsicht kann die Bereitschaft in unseren Mitbürgern begründen, die verführerische Überlegenheit des Geldes zu opfern. Nur dieses Opfer wird den Weg in die Vollbeschäftigung frei machen. Denn nur ein von der Notenbank planvoll verstetigter Geldstrom trägt einen stetigen Warenstrom.

Geldwertstabilität – Das Dilemma der Notenbanken mit der Geldmengensteuerung

Helmut Creutz

Bei dem Versuch, die Geldmenge zu steuern, haben die Notenbanken in diesem Jahrhundert zweifellos viel dazugelernt. Leider jedoch immer erst nach großen Opfern für die Bürger. So hat die Reichsbank Anfang der 20er Jahre erst dann begriffen, daß man die Geldmenge nicht dauernd inflationär vergrößern kann, als ihr das Papier ausging und die Möglichkeit, alte Scheine mit immer größeren Zahlen zu überdrucken. Das Lehrgeld mußte die Bevölkerung mit dem Verlust ihrer gesamten Ersparnisse bezahlen, Millionen sogar mit ihrer Existenz.

Kaum zehn Jahre später saß die Reichsbank erneut in einer hoffnungslosen Falle, diesmal in einer des Geldmangels. Zwar hatte man die Gefährlichkeit inflationärer Überentwicklungen begriffen, nicht aber die noch größere deflationärer Geldmengenverringierungen. Den Lernprozeß, daß man die Geldmenge alleine an die Wirtschaftsleistung binden darf und nicht an das Gold im Keller, mußten sechs Millionen Menschen mit Arbeitslosigkeit und bitterer Not bezahlen.

»All die unglückseligen Ereignisse, die Reichtum und Glück auf der ganzen Welt so empfindlich getroffen haben, sind den Leitern der Notenbanken anzukreiden«,

schrrieb damals John *Maynard Keynes*. Und vielleicht muß man sogar die 50 Mio Toten des Zweiten Weltkriegs auf das Konto unzulänglicher Kenntnisse der Reichsbanker verbuchen. Denn ohne die große Rezession wäre uns der Aufstieg Hitlers höchstwahrscheinlich erspart geblieben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging der Lernprozeß im nachhinein weiter: Falsche festgeschriebene DM-Dollar-Wechselkurse führten zur Bereicherung anderer Länder auf unsere Kosten. Die Folge des Billigeinkaufs bei uns führte zu einem Exportboom, dem man nur mit dem Import von zwei Millionen Gastarbeitern nachkommen konnte. Da die export-überschußbedingten Dollarzuflüsse außerdem in DM umgewandelt werden mußten, bescherte uns der falsche Wechselkurs eine laufend zunehmende Inflation. Denn das Einfangen der zuviel gedruckten Scheine war weitaus schwieriger als ihre Inumlaufsetzung.

Auch die Gefährlichkeit dieser relativ geringen Inflationsraten – lange Zeit von vielen Fachleuten als Wirtschaftsstimulanz gesehen – hat man erst begriffen, als die inflationären Zinsauftriebe die Konjunktur mehrmals in die Knie zwangen. Wiederum ein Lernprozeß im nachhinein, obwohl alle diese Fehler

und Fehlverhaltensfolgen bereits seit rund 100 Jahren immer wieder vorge-
tragen wurden, wenn auch nur von Außenseitern wie beispielsweise *Silvio*
Gesell.

Gibt es auch in unseren Tagen Lernbedarf?

Auch heute stehen die Notenbanken immer noch vor Schwierigkeiten. Vor
allem vor dem Problem, die Geldmenge kaufkraft- und konjunktur stabil zu
steuern. Die Schwierigkeiten dabei fangen mit dem Dilemma an, daß man
die Menge einer Sache steuern möchte, unter der bislang jeder etwas ande-
res versteht. So kann man noch im *Monatsbericht der Bundesbank* vom Ja-
nuar 1992 lesen:

»Da Geld nicht eindeutig und einheitlich definiert ist, gibt es analog
dazu auch verschiedene Abgrenzungen für die Geldmenge.«

Machen wir uns das ganze Dilemma der heutigen Gegebenheiten an einem
Beispiel klar:

Wenn ein Autofahrer die Aufgabe hat, die Geschwindigkeit eines Wa-
gens stabil zu halten, dann braucht er lediglich den Tachostand zu beobach-
ten: Sinkt die Tachonadel unter die einzuhaltende Marke, dann führt er dem
Motor über den Gashebel mehr Treibstoff zu. Schlägt die Tachonadel nach
oben aus, drosselt er die Zufuhr. Über die »richtige« Treibstoffmenge
braucht sich der Fahrer keine Gedanken zu machen: Hält er die vorgege-
bene Geschwindigkeit ein, dann ist die zugeführte Treibstoffmenge automa-
tisch optimal dosiert.

Würde der Autofahrer die Geschwindigkeit über die zugeführte Treib-
stoffmenge stabilisieren wollen, dann müßte er diese im voraus errechnen
und sich beim Fahren daran orientieren. Doch auch dann, wenn er die Stei-
gungen, Gefälle und Windverhältnisse auf der zurückzulegenden Strecke
kennen und bei der Vorausberechnung einbeziehen würde, dürfte das Er-
gebnis allenfalls einmal zufällig mit dem gewünschten Ziel einer gleichblei-
benden Geschwindigkeit übereinstimmen.

Geradezu unmöglich wäre für den Fahrer jedoch die Stabilisierung der
Geschwindigkeit, wenn ein Dritter während der Fahrt die Treibstoffzufuhr
beeinflussen könnte. Das heißt, wenn irgendjemand die Möglichkeit hätte,
jeweilige Entscheidungen des Fahrers durch Entzug oder Zuführung von
Treibstoff zu konterkarieren.

Nehmen wir jetzt noch an, daß eigentlich niemand weiß, was Treibstoff ist
und welche Treibstoffmenge auf den Motor tatsächlich wirkt, dann wird das
ganze zu einer kabarettreifen Farce. Man braucht statt »Treibstoff« nur
Geld einzusetzen und statt »Tachostand« den der Preise, um das Dilemma
auf den Bereich der Notenbanken zu übertragen.

Wie praktizieren die Notenbanken ihre Stabilitätsbemühungen?

Ein Schweizer Notenbanker hat vor etlichen Jahren einmal gesagt, daß man zur Stabilerhaltung des Geldwertes zweier Einrichtungen bedarf, nämlich einer Notenpresse und eines Ofens. Sinkt der allgemeine Preisindex, dann läßt man die Notenpresse laufen. Steigt der Index an, dann ist ein Teil des herausgegebenen Geldes einzuziehen und zu verbrennen.

Obwohl die Sache im Grunde also einfach wäre, beschreiten die meisten Notenbanken seit etwa zwei Jahrzehnten den komplizierten Weg der Geldmengenvorausberechnung. Jedes Jahr aufs neue verkünden sie, von welchem Geldbedarf sie in den nächsten zwölf Monaten ausgehen werden. Das Ergebnis ihrer Hochrechnungen und -schätzungen, die Zuwachsrate, geben sie jeweils in Prozentgrößen bekannt. Das tun sie vor allem in der Erwartung, daß sich die Wirtschaft, vor allem die Tarifpartner, an diesen Werten orientieren. Als Orientierungsgröße für die Vorausberechnungen beziehen sie sich jedoch meist nicht auf das von ihnen selbst herausgegebene Bargeld, sondern auf sogenannte Geldmengenaggregate, die in den einzelnen Ländern wiederum unterschiedlich sind.

Eine größere Anzahl der Notenbanken orientiert sich z.B. an der sogenannten Geldmenge M1. Das ist die Zusammenfassung der Bargeldmenge mit den Sichtguthaben der »Nichtbanken«, der Wirtschaftsteilnehmer außerhalb des Bankenapparates. Obwohl über die Größe dieser Sichtguthaben nicht die Notenbanken bestimmen, sondern die Wirtschaftsteilnehmer mit ihren Zahlungsgewohnheiten, scheint diese Mischgröße noch halbwegs logisch. Denn immerhin gehören die Sichtguthaben, neben dem Bargeld, zum Nachfragepotential in der Wirtschaft, wengleich dieses Potential im Bereich der Sichtguthaben nur durch Austausch gegen Bargeld entsteht.

Die Schweizer Nationalbank benutzt als Orientierungsgröße die sogenannte Notenbankgeldmenge. Diese enthält ebenfalls die in Umlauf gegebene Bargeldmenge, zuzüglich jener Guthaben, die die Geschäftsbanken bei der Nationalbank unterhalten, vor allem zum Zwecke der internen Verrechnungen.

Welche Meßgröße wird von der Bundesbank herangezogen?

Die Bundesbank hat als Vergleichsgröße für ihre Geldmengensteuerung ein eigenes Aggregat kreiert, die sogenannte Zentralbankgeldmenge (ZBGM). Diese besteht neben dem Bargeld aus bestimmten Anteilen der Sichteinlagen bei den Banken sowie der Termin- und Spareinlagen bis vier Jahre Laufzeit. Dieses Aggregat ist also eher als ein Konglomerat von Geld und Guthaben zu bezeichnen. Denn zumindest mit den beiden letztgenannten Posten

sind darin Anteile enthalten, die überhaupt kein Geld sind, sondern Buchungen von Ersparnissen, die man anderen überlassen hat.

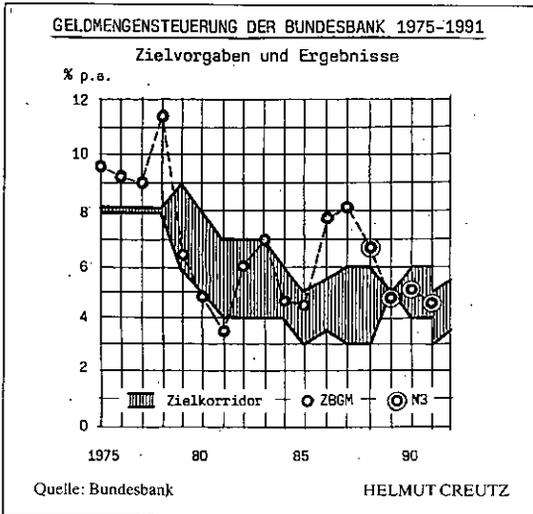
Bei den Vorausberechnungen der Zuwachsrate legt die Bundesbank vor allem die zu erwartenden Produktionssteigerungen zugrunde aber auch Geldabflüsse ins Ausland oder ähnliche Faktoren. Außerdem rechnet sie mit rund zwei Prozent eine sogenannte »unvermeidliche Preissteigerungsrate« mit ein, die man also planmäßig mit neuem Geld unterfüttert.

Wie sieht es mit dem Ergebnis dieser Stabilitätsbemühungen aus?

In der Darstellung 1 sind die Zielvorgaben der Bundesbank und die tatsächlichen Ergebnisse seit Einführung dieser Art von Geldmengensteuerung eingetragen. Das schraffierte Feld gibt dabei jeweils die Bandbreite oder Prozenzhöhe der angestrebten Wachstumsraten wieder, die Kurve das tatsächliche Ergebnis.

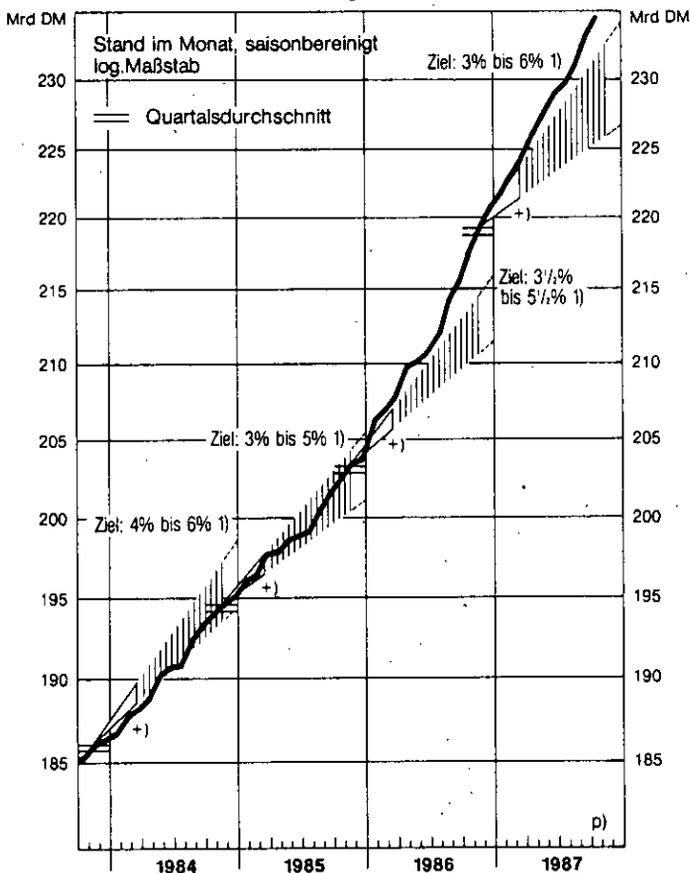
Wie ersichtlich, hat man für die Jahre 1975 bis '77 und das Jahr 1989 jeweils einen festen Prozentsatz vorgegeben, ansonsten wechselnde Bandbreiten von zwei bis drei Prozent. Im Jahr 1991 wurde sogar mitten in der Jahresperiode die Bandbreite noch einmal um einen Prozentpunkt nach unten korrigiert, weil sich die Entwicklung der Geldmenge in der ersten Hälfte des Zeitraums deutlich unterhalb des Zieltrichters bewegte.

Doch trotz des meist relativ großen Spielraums und der fast jährlichen Korrekturen der Bandbreite, war die Erfolgsquote in den meisten Jahren



Wachstum der Zentralbankgeldmenge *)

Ziel und laufende Entwicklung



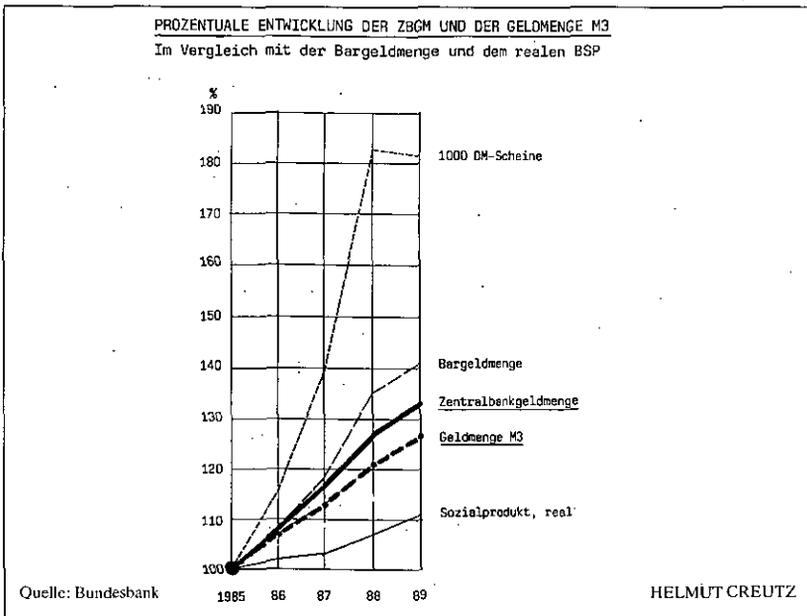
*) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute an Inländischen Noten und Münzen) plus Reserve - Soll auf Inlandsverbindlichkeiten ohne reservspflichtige Bankschuldverschreibungen (mit konstanten Reservesätzen -Basis Jan. 1974- berechnet). - 1) Jeweils vom vierten Quartal des vorangegangenen Jahres bis zum vierten Quartal des laufenden Jahres. - +) Der Zielkorridor wurde jeweils bis März nicht schraffiert, weil das Wachstum der Zentralbankgeldmenge um die Jahreswende i.d.R. stärkeren Zufallsschwankungen unterliegt. Nach Berechnungen der Bundesbank überschreitet die durchschnittliche Marge dieser Zufallsabweichungen vom Trend die Breite des Korridors vom Frühjahr an nicht mehr. - p) Vorläufig.

BBk

enttäuschend. In der ganzen dargestellten Zeit hat man allenfalls sechsmal ins Schwarze getroffen. Zweimal lag man gerade noch am Rande des Korridors, während die Ergebnisse in den übrigen Jahren oft weit neben den Zielvorgaben lagen.

Das Ergebnis dieser Art von Stabilitätspolitik über Geldmengen-Zielvorgaben erinnert auf fatale Weise an das beliebte Schülerspiel »Schiffe versenken«. Auch hier landen die meisten Versuche im Wasser, und Volltreffer sind weitgehend dem Zufall zu verdanken.

In welcher Größenordnung die tatsächlichen Entwicklungen der Zentralbankgeldmenge neben den Erwartungen und Vorausberechnungen liegen können, zeigt die Originalgrafik der Bundesbank (Darst.2). Während sich die Entwicklung der Geldmenge in den beiden ersten Jahren optimal im Zieltrichter bewegte, schoß sie in den beiden folgenden Jahren weit über das Ziel hinaus. Dieses fast schon peinliche Abweichen von der Zielvorgabe war dann der Anlaß für die Bundesbank, nach einer anderen Geldmenge als Orientierungsgröße Umschau zu halten. Man fand sie in der sogenannten Geldmenge M3, deren Entwicklung den Zielvorgaben der Jahre 1986 und 87 mehr entsprach.



Wodurch kam es zu den großen Abweichungen der Zentralbankgeldmenge?

Wenn etwas bislang Benutztes nicht mehr richtig funktioniert, wird man normalerweise den Ursachen nachgehen und diese abzustellen versuchen. Wo die Ursachen für das Ausreißen der ZBGM in den Jahren 1986 und '87 zu finden sind, zeigt die Darstellung 3. In ihr sind noch einmal die Entwicklungen der ZBGM und der Geldmenge M3 in den kritischen Jahren 1985 bis 1989 eingetragen und zwar in ihrer prozentualen Zunahme. Außerdem wurde zusätzlich die Entwicklung der Bargeldmenge sowie der 1000 DM-Scheine aufgenommen. Zum Vergleich mit der Wirtschaftswirklichkeit auch noch die Entwicklung des realen Sozialproduktes.

Wie die Grafik sichtbar macht, nahm die ZBGM in den Jahren 1986 und '87 deutlich schneller zu als die der Geldmenge M3. Daß jedoch beide Größen weit über der Entwicklung des realen Sozialproduktes lagen, wird ebenfalls erkennbar. Damit war die erneute Inflationierung unseres Geldes in den nachfolgenden Jahren vorprogrammiert.

Für unser Thema aufschlußreich ist die eingetragene Entwicklung der Bargeldmenge, die nochmals steiler anstieg als die beiden Misch-Aggregate. Das heißt, der Überanstieg der ZBGM war die Folge der Überentwicklung der Bargeldmenge, also jener Hauptgröße in der ZBGM, für deren Zunahme alleine die Bundesbank verantwortlich ist.

Warum die Bargeldmenge wiederum so explosiv zunahm, findet seine Erklärung in der zusätzlich eingetragenen Entwicklung der 1000 DM-Scheine. Während von 1985 bis 1988 das reale BSP nur um sieben Prozent zunahm, wurde der gesamte Bargeldumlauf von der Bundesbank um 35 Prozent und die Menge der 1000 DM-Noten sogar um 83 Prozent ausgeweitet! Das heißt, der Geldumlauf nahm fünfmal so schnell zu wie die reale Wirtschaftsleistung, die Menge der größten Banknote zwölfmal so schnell. Faßt man die 1000er und 500er Noten zusammen, dann entfielen auf diese großen Scheine mehr als die Hälfte der gesamten Geld-Übervermehrung in diesen Jahren. Ursache dieser völlig unnormalen Geldvermehrung waren vor allem die äußerst niedrigen Zins- und Inflationsraten in der Zeit von 1985 bis 1987. Der Wiederanstieg beider Raten nach 1988 führte dann auch zu einem Abbrechen der Bargeld-Überentwicklung. Wie aus der Grafik ersichtlich, ging die Menge der 1000 DM-Scheine, trotz des deutlicheren Wirtschaftswachstums 1989 sogar zurück.

Doch statt diesen Ursachen der Überentwicklung der ZBGM, der Bargeldmenge und vor allem der 1000 DM-Noten nachzugehen und solche inflationsträchtigen Entwicklungsstörungen für die Zukunft zu unterbinden, stieg man opportunistisch, die Augen vor den Problemen der eigenen unzu-

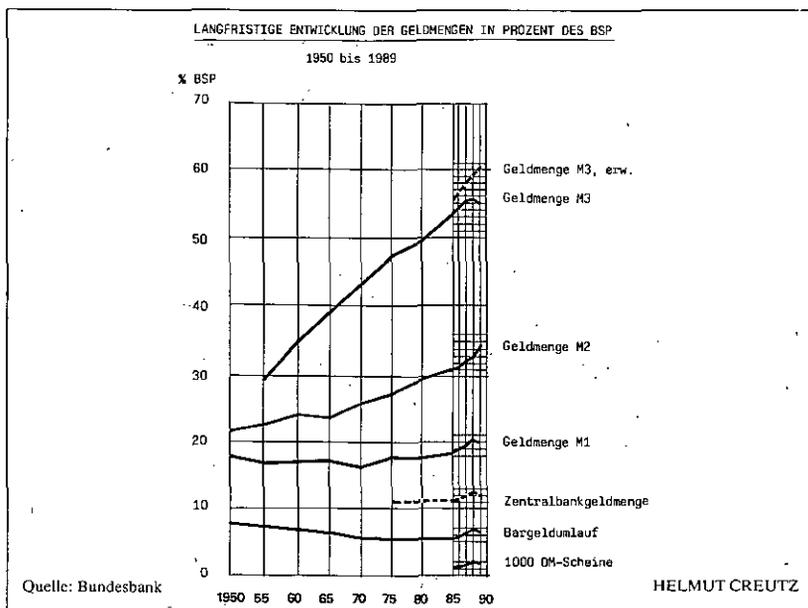
länglichen Geldmengensteuerung verschließend, auf eine im Augenblick »passendere« Geldmenge um.

Man verhielt sich also wie ein Biologe, der für die Einhaltung bestimmter Schadstoffgrenzen in einem Fluß zuständig ist und beim Überschreiten der Grenzwerte seine Messungen in einen See verlegt, in dem das Flußwasser nur noch einen Bruchteil ausmacht. Es ist eigentlich unverständlich, daß diese Vogel-Strauß-Politik der Bundesbank von der Fachwelt fast kommentarlos hingenommen wurde.

Ist die Geldmenge M3 überhaupt als Orientierungsgröße geeignet?

Daß M3 zum allergrößten Teil aus Guthaben besteht, die gar kein Geld sondern Buchungen von Geldüberlassungen sind, wurde schon gesagt. Da die Ausweitungen dieser Guthaben mit einer Vermehrung des Nachfragepotentials und damit inflationären Kaufkraftverlusten garnichts zu tun haben, war der ganze Umstieg von der ZBGM auf M3 im Grunde nur Augenscherelei.

Erinnern wir uns: Die Gesamtnachfrage in einer Volkswirtschaft muß sich im Gleichschritt mit dem Gesamtangebot entwickeln. Das gesamte Nachfragepotential – Bargeld und mit Vorbehalten auch die Sichtgutha-



ben – sollten sich also möglichst gleichlaufend mit der volkswirtschaftlichen Leistung entwickeln. Prüft man daraufhin einmal die Geldmenge M3, die überwiegend aus ständig steigenden Ersparnissen bei den Banken besteht, dann zeigt sich, daß sie aufgrund ihres Überwachstums gegenüber dem Sozialprodukt als Orientierungshilfe garnicht geeignet ist. Dieser Tatbestand geht aus Darstellung 4 hervor, in der die Bargeldmenge und alle anderen »Geldmengen« von 1950 bis 1989 in Prozenten des BSP (Bruttosozialprodukt) wiedergegeben sind. Da sich die Prozentwerte auf das nominelle BSP beziehen, sind die Inflationsfolgen bereits neutralisiert.

Wie die Grafik sichtbar macht, ging die Bargeldmenge von 1950 bis 1970, gemessen an der Leistungsgröße, relativ zurück. Dieser Rückgang war die Folge der Lohn- und Gehaltszahlungsumstellungen von bar auf unbar. Nach Abschluß dieser Umstellungen von 1970 bis 1985 weist sowohl die Bargeldmenge wie auch die der Sichtguthaben – zusammengefaßt mit dem Bargeld als Geldmenge M1 – eine weitgehende Parallelität zur Leistungsentwicklung auf. Auch die 1974 eingeführte ZBGM, vom Bargeld dominiert, zeigt weitgehend einen solchen Parallelverlauf. Dagegen steigen die größeren »Geldmengen«, nämlich M2 und M3, entsprechend der sie beherrschenden zunehmenden Ersparnisse, deutlich an. Das trifft vor allem auf die Größe M3 zu, was sie als Orientierungsgröße für die Geldmengensteuerung zwangsläufig ungeeignet macht.

Wie war die Entwicklung nach 1985?

In Darstellung 4 sind ab 1985 die jährlichen Veränderungen wiedergegeben, wegen der vereinigungsbedingten Größensprünge jedoch nur bis 1989.

Zu erkennen ist, daß nach 1985 die Größe M3 gegenüber den Vorjahren verlangsamt zunahm, während sich bei den kleineren »Geldmengen« die Entwicklungen beschleunigten. Dieser Tatbestand scheint für den Umstieg auf M3 zu sprechen. In Wirklichkeit jedoch ist die relative Verlangsamung der M3-Entwicklung lediglich eine Folge statistischer Erfassungsunzulänglichkeit. Denn bei der Berechnung dieser Größe fielen allen jene Ersparnisse unter den Tisch, die aus steuerlichen Gründen als DM-Guthaben jenseits unserer Grenze bei den Zweigstellen deutscher Banken gehalten werden, vor allem in Luxemburg.

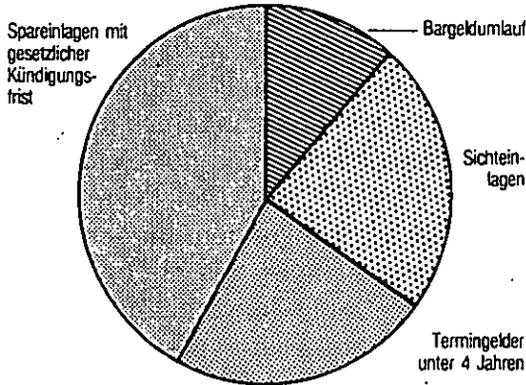
So nachteilig diese Ersparnisverlagerungen für den Fiskus auch sein mögen, für das wirtschaftliche Geschehen in unserem Lande sind sie praktisch ohne Folgen. Denn diese Ersparnisse stehen für den deutschen Kreditmarkt genauso zur Verfügung wie die innerhalb unseres Landes angelegten. Die Größe M3 hat also mit der Wirklichkeit nur begrenzt zu tun.

Erweitert man jedoch M3 um diese Auslandsbestände (wie in der Grafik geschehen und von der Bundesbank zusätzlich ausgewiesen), dann zeigt sich ihre wahre Entwicklung ebenso wie die Fragwürdigkeit des Umstiegs.

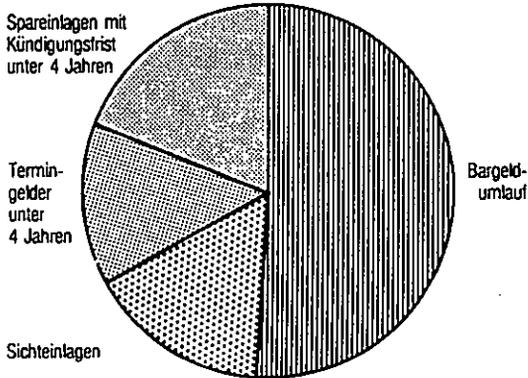
Die Bestandteile der Geldmenge M3 und der Zentralbankgeldmenge

Anteile, Stand Dezember 1987

Geldmenge M3



Zentralbankgeldmenge 1)



1) Bargeldumlauf und gewichtete Einlagen (Mindestreservesoll auf Inlandseinlagen). Die Gewichte betragen, den durchschnittlichen Mindestreservesätzen von Januar 1974 für die drei Einlagekategorien entsprechend, 16,6% für Sichteinlagen, 12,4% für Termingelder und 8,1% für Spareinlagen.

BBk

Im unteren Teil der Darstellung wird auch noch einmal die entscheidende Erklärung für das »Ausreißen« der Bargeldmenge und mit ihr des Anstieges der ZBGM sichtbar, nämlich die Vermehrung der 1000 DM-Noten.

Was ist der wesentliche Unterschied zwischen Zentralbankgeldmenge und Geldmenge M3?

Wie bereits dargelegt, besteht die ZBGM etwa zur Hälfte aus Bargeld. Die andere Hälfte setzt sich aus Anteilen von Bankguthabenbeständen zusammen. Die genaue Zusammensetzung und Berechnung geht aus der Grafik der Bundesbank hervor. Ebenso die Zusammensetzung der seit Ende 1987 als Orientierungsgröße gewählten Geldmenge M3.

Wie erkennbar, ist in der neuen Orientierungsgröße das Bargeld nur noch mit etwa einem Neuntel (rund 11 Prozent) vertreten. Dies ist die Folge des Tatbestandes, daß die Geldmenge M3 fast fünfmal größer ist als die vorherige Vergleichsgröße ZBGM. So betrug die ZBGM, im Jahr des Größenwechsels, 239 Mrd DM, die Geldmenge M3 jedoch 1 112 Mrd DM.

Die Folge der wesentlich größeren Vergleichsgröße M3 ist, daß in dieser die direkten Überentwicklungen der Bargeldmenge wesentlich geringfügigere Auswirkungen haben. Während bei der Mischgröße ZBGM eine zehnpromtente Bargeld-Überentwicklung rechnerisch immerhin noch eine fünfprozentige Ausweitung der Orientierungsgröße bewirkte, läßt sie die Geldmenge M3 nur um gut ein Prozent ansteigen. Durch die Wahl der Geldmenge M3 als Vergleichsgröße werden also Überentwicklungen und Ausreißer innerhalb der Bargeldmenge weitgehend verdeckt. Das heißt, die entscheidende Geldmenge in der Wirtschaft, die Bargeldmenge, für die allein die Bundesbank verantwortlich ist und die sie allein vermehren kann, geht in der großen Menge M3 gewissermaßen unter. Damit wird auch der Tatbestand verwischt, daß die Bargeldmenge, nach allgemeiner Auffassung wie auch wissenschaftlichen Untersuchungen entscheidende Größe für alle Inflationsentwicklungen, von der Bundesbank heute garnicht präzise gesteuert werden kann.

Konkret: Man versteckt diese Schlüsselgröße in einer Mischung größerer Guthabenbestände, hoffend, daß die Entwicklungen der Ersparnisse die Ergebnisse der eigenen Unzulänglichkeiten verdecken mögen.

Die Ungeeignetheit dieser weitgehend aus Ersparnissen bestehenden »Geldmenge« M3 hat sich inzwischen auch ohne Hinzuziehung der Anlagen jenseits der Grenze mehr als bewiesen: Wie bekannt, läuft die Geldmenge M3 seit 1991 bereits so aus dem Ruder, daß man es in Frankfurt möglicherweise schon bereut hat, nicht bei der alten ZBGM geblieben zu sein. Dieses Überschießen von M3 hat wiederum Gründe, die mit inflationsbestimmen-

den Geldmengenentwicklungen wenig zu tun haben. Es ist vor allem die Folge spekulativer Einlagenumschichtungen von langfristigen in mittelfristige Bankanlagen. Da die langfristigen Einlagen nach der bei uns üblichen fragwürdigen Terminologie richtigerweise nicht zum Geld gezählt, die mittleren (fälschlicherweise) jedoch als »Geld« erfaßt werden, müssen solche zinshöhenbedingten Umschichtungen die ganze ausgedachte »Geldmengensteuerung« über den Haufen werfen.

Was ist das größte Dilemma der Notenbanken?

Erinnern wir uns an den Autofahrer: Wenn er sich nicht mit Benzinmengenberechnungen belastet, sondern einfach mit dem Gaspedal auf die Tachonadel reagiert, kann er die gewünschte Geschwindigkeit präzise einhalten. Das allerdings nur, wenn niemand ihm dabei ins Handwerk pfuscht. Denn der Versuch des Fahrers, den Motor durch erhöhte Treibstoffzufuhr zu beleben, bleibt wirkungslos, wenn die zusätzlich zugeführte Treibstoffmenge von einem Dritten »aus dem Verkehr gezogen« wird. Umgekehrt kann der Motor durch den Fahrer nicht gedrosselt werden, wenn jener Dritte den zu entzogenen Treibstoff in den Motor einspritzen kann.

Man braucht sich als Autofahrer über solche Einrichtungen keine Gedanken zu machen. Fahrzeug und Motor sind so konstruiert, daß man mit solchen Eingriffen nicht zu rechnen braucht. Anders ist das aber bei den Notenbanken:

Sieht eine Notenbank den Preisstand fallen und die Konjunktur erlahmen, kann sie zwar – wie unser Fahrer – den Wirtschaftsmotor mit einer zusätzlichen Geldspritze zu beleben versuchen. Im Gegensatz zu unserem Fahrer weiß sie jedoch nicht, ob der zusätzliche »Treibstoff« die Wirtschaft erreicht, also nachfragewirksam wird. Denn das hängt nicht von der Notenbank ab, sondern von Dritten, nämlich den Geldempfängern des Mehrgeldes. Sie entscheiden jeden Tag aufs neue darüber, ob sie dieses Geld ausgeben, verschenken oder verleihen (womit der Kreislauf geschlossen bleibt) oder ob sie einen mehr oder weniger großen Teil davon dem Kreislauf entziehen.

Die Notenbanken wissen zwar von diesen Störungsmöglichkeiten, die ihre ganzen Bemühungen zur Stabilisierung von Konjunktur und der Kaufkraft unterlaufen. Sie ziehen jedoch bis heute daraus keine Konsequenzen. Ja, sie verwischen diesen Tatbestand noch durch die von ihnen benutzten Begriffe. So bezeichnen sie das von ihnen herausgegebene Geld immer als »umlaufende Bargeldmenge«, obwohl ein erheblicher Teil derselben dem Umlauf entzogen ist.

Auch bei ihren Berechnungen der sogenannten »Umlaufgeschwindigkeit« tun sie immer so, als ob die herausgegebene Geldmenge mit der tat-

sächlich umlaufenden und nachfragenden identisch sei. Entsprechend fragwürdig sind die darauf aufbauenden Berechnungsergebnisse. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die nicht umlaufenden – also gehorteten – Teile der Bargeldmenge keinesfalls stabil sind, sondern großen Schwankungen unterliegen. Die Größenordnungen dieser Hortungen und ihrer Veränderungen wurden vom Verfasser an anderer Stelle (Der Dritte Weg Nr. 9/91) dargelegt.

Was müßte geändert werden, um eine Stabilität der Kaufkraft zu erreichen?

Niemand kann sich vorstellen, daß der Konstrukteur eines Motorwagens Dritten die Möglichkeit einräumen würde, in die Regelung der Geschwindigkeit beliebig einzugreifen.

Die Verantwortlichen für unser Geld, die Notenbanken, lassen dies jedoch tatenlos zu. Ja, sie bezeichnen diese Eingriffe geradezu als ein zu verteidigendes Stück persönlicher Freiheit. Und obwohl sie auf der einen Seite das von ihnen herausgegebene Geld als »alleiniges, gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel« bezeichnen, also als ein öffentliches Rechtsgut, und obwohl es von ihnen zusätzlich unter Annahmewang gestellt wird, sehen sie in ihm gleichzeitig ein »privates Eigentum«.

Irritiert von diesen Widersprüchlichkeiten hat einmal ein Wirtschaftsstudent bei der Bundesbank nachgefragt, was denn nun Geld eigentlich sei, öffentliches Rechtsgut oder Objekt privaten Eigentums. Darauf antwortete die Bundesbank:

»Das Geldwesen, die staatlich gelenkte Ordnung der Geldwirtschaft eines Landes, erfüllt zweifelfrei Funktionen, die allen am Wirtschaftsleben beteiligten Subjekten zugute kommen. Eine Zuordnung des Geldwesens zu Einrichtungen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen, ist allerdings nicht Bestandteil allgemeinen Sprachgebrauchs. Es bleibt Ihnen anheimgestellt, dies anzunehmen.«

Und in einem anderen Briefwechsel schrieb die Bundesbank auf die Frage, ob jederman berechtigt ist, Geld aus dem Verkehr zu ziehen:

»Die Möglichkeit, rechtmäßig erworbenes Geld dem Zahlungsverkehr auf gewisse Zeit zu entziehen, ist Ausfluß des Grundsatzes, daß der Eigentümer beweglicher Sachen hiermit...nach Belieben verfahren darf...Ein »Horten« von Bargeld kann somit von der Bundesbank nicht verhindert werden. Es sind hierdurch aber bisher praktisch keine ernsthaften währungspolitischen Probleme entstanden, auch nicht aus der Sicht der Steuerung des Geldumlaufs.«

Angesichts der hier dargelegten ständigen Probleme bei der Stabilerhaltung der Geldkaufkraft, kann man über den letzten Satz nur noch den Kopf

schütteln. Nicht minder kann man es über den Tatbestand, daß es in das Belieben eines jeden gestellt ist, das von der Bundesbank herausgegebene Geld als öffentliche Einrichtung oder als beliebig verfügbares Privateigentum zu sehen und entsprechend zu behandeln.

Man stelle sich einmal vor, die Bundesbahn würde es den Bürgern überlassen, die Güterwaggons – ebenfalls bewegliche Güter – nach Belieben als öffentliche Einrichtung oder privates Eigentum zu betrachten. Oder sie hätten das Recht, beliebig viele Waggons bei der Bundesbahn abzurufen, um sie dann ungenutzt an der Rampe stehenzulassen oder gar zu spekulativen Zwecken einzusetzen?

Aber auch manche andere Regelung, z.B. der Annahmewang beim Geld, ist schwer nachzuvollziehen. Denn jeder ist im allgemeinen geradezu darauf erpicht, seine Ware oder seine Arbeitskraft gegen Geld einzutauschen, sodaß sich der gesetzlich festgeschriebene Zwang zur Annahme völlig erübrigt. Wo es aber hakt, nämlich bei der regelmäßigen Weitergabe des Geldes, fehlt dagegen jegliche gesetzliche Regelung. Vielmehr wird hier jedem (siehe oben) ausdrücklich das Recht eingeräumt, das wichtigste Verkehrsmittel unserer Gesellschaft, das Geld, nach Belieben zu blockieren.

Angesichts dieser Gegebenheiten ist eines sicher:

Solange die Bundesbank diese Unlogik und Unrechtslage im Bereich des Geldes unverändert läßt, wird sie weder die Mengensteuerung noch die Kaufkraftstabilität des Geldes in den Griff bekommen. Auch nicht durch immer neue »Geldmengenkreationen« oder ein immer häufigeres Umsteigen von der einen auf eine andere Größe. Das vor allem, solange man in diesen »Geldmengen« weiterhin Geld und Guthaben zusammenfaßt.

Im übrigen ist es überhaupt nicht die Aufgabe der Notenbanken, sich eine wie auch immer geartete Geldmenge vorzugeben, an der man sich dann festzuklammern versucht. Es ist vielmehr allein ihre Aufgabe, die Kaufkraft des Geldes stabil zu halten und die Wirtschaft mit ausreichenden Geldmitteln zu versorgen. Halten sie die Geldkaufkraft stabil, das heißt, orientieren sie die Geldversorgung allein an den Schwankungen des Preisstandes, so ist automatisch auch die zweite Aufgabe optimal gelöst, nämlich die Versorgung der Wirtschaft mit den erforderlichen Tausch- und Verrechnungsmitteln. Denn deren Menge ist immer richtig, wenn die Kaufkraft stabil bleibt. Doch um diese Ziele zu erreichen, benötigen sie keine im voraus prognostizierten Geldmengenziele. Wohl aber als ersten Schritt eine klare juristische Einordnung unseres Geldes als öffentliche Einrichtung.

Grundgesetz und Wirtschaftsordnung

Fritz Penserot

Wenn wir uns einmal fragen, ob unsere Wirtschafts- und Lebensverhältnisse sich in vollem Einklang mit unserer Grundrechtsordnung befinden, dann müssen wir leider feststellen, daß dies nicht der Fall ist. Unsere derzeitige Wirtschafts- und Sozialordnung entspricht nicht den Grundgedanken, die sich die Väter unseres Grundgesetzes bei der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland gemacht haben.

Die *Würde des Menschen* wird in der alltäglichen Praxis nicht so geachtet und geschützt, wie es das Grundgesetz postuliert hat, und

das *Recht jedes Menschen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit* ist heute keineswegs jedermann gewährleistet, denn die volle rechtliche und – vor allem auch – wirtschaftliche Gleichgewichtigkeit oder »Gegenseitigkeit« ist noch immer nicht gesichert. Wir müssen vielmehr feststellen, daß allzu viele Menschen gar nicht in der Lage sind, auch nur annähernd in solchem Gleichheits- oder Gegenseitigkeitsverhältnis mit ihren Mitmenschen sich zu empfinden und entsprechend zu handeln.

Woran liegt das? Es liegt in allererster Linie an der Mangelhaftigkeit unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung. Wir haben keine Geldwertstabilität, keine echte »Währung«, sondern eine mehr oder weniger schleichende Inflation, d. h. Geldwertverschlechterung – trotz aller offiziellen Beschwörungsversuche, daß »die deutsche Mark fest und stark« sei. Und warum dieses Ausweichen vor der Wahrheit? Weil man eine andere Möglichkeit der Konjunktur- und dadurch Vollbeschäftigungssicherung als die zur Zeit praktizierte für unerreichbar hält – was dann aber zur Folge hat, daß man den gegenwärtigen ungerechten Zustand geradezu verewigen hilft.

Infolgedessen haben wir keinen fairen Wettbewerb in der Wirtschaft, sondern die Überlegenheit des Kapitals über die Arbeit, der Kapitalisten über die Arbeitleistenden. Dadurch wird aber der Anteil der Kapitalbesitzer am Gesamtvolksvermögen – und dadurch zugleich deren Macht – von Jahr zu Jahr immer größer, ja das Kapital wächst geradezu ungeheuerlich, während die meisten abhängigen Arbeitnehmer praktisch nur von der Hand in den Mund leben können – und eben deshalb, verständlicherweise, immer lauter nach Sozialstaatshilfe rufen, wiewohl diese so gut wie nichts zur Erlangung der »Freiheit« und dadurch der »Würde des Menschen« beitragen kann.

Wie aber können wir unter diesen Umständen der kapitalistischen Ausbeutung der Menschen und der Welt wirksam beikommen? Schon die immer wieder erhobene Forderung nach »Wachstum« der Wirtschaft kann diesem Übel in gar keiner Weise abhelfen, ja eher ist sogar das Gegenteil der Fall –

ganz abgesehen davon, daß durch immer weiteres Wachstum der Wirtschaft, das vor allem ja ein technisch-industrielles Wachstum bedeutet, die Umwelt, die natürliche Lebensgrundlage der Menschen, immer weiter zerstört wird. Kurzum, wir dürfen also den kapitalistischen Einflußnahmen auf die Wirtschafts- und Währungspolitik unter keinen Umständen entgegen kommen.

Ein solches Entgegenkommen ist aber bereits in den Vorschlägen zur Überwindung des Auf und Ab der Konjunkturen durch immer wieder geforderte mehr oder weniger starke Inflationierung des Geldes zu sehen – wie immer plausibel erscheinend diese Forderung auch sein mag. Denn jede noch so geringe Geldmengenvermehrung über den wahren, am Lebenshaltungskosten-Index ablesbaren Geldbedarf hinaus, der zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Geldwertes unabdingbar ist, hat sofort Preissteigerungen zur Folge, die alsbald den Ruf nach Lohnerhöhungen und weiteren Sozialstaatsmaßnahmen laut werden lassen – was wiederum Gegenmaßnahmen von Kapitalinteressenten auf die Politik und die *Kredit*abteilungen der Banken auslöst, die sich dann ihrerseits das Mehr an *Kaufkraft*bedarf auf unkontrollierten *Kredit*wegen beschaffen, die von eventuellen *Geld*umlauf-sicherungsmaßnahmen zur Sicherung der Konjunktur nicht erfaßt werden können – worauf Professor Dr. J. Jenetzky in Heft 91 der »Zeitschrift für Sozialökonomie« eingehend aufmerksam gemacht hat.

Somit verbleibt als einziger sachgerechter Weg zur Sicherung der Stabilität des Geldwertes und der Dauervollbeschäftigung durch Dauerkonjunktur die Bindung der Kreditgewährung an die Bargeldeinlagen der Bankkunden plus genehmigte Bargeldforderungen der Geschäftsbanken an die Bundesbank (1); der unbedingte Verzicht der Öffentlichen Hand, sich zu verschulden (2); eine eingehende Kontrolle und notfalls Bestrafung aller Versuche, diese Bedingungen zu unterlaufen (3); und schließlich und vor allem die Sicherung des Bargeldlaufes durch aufgeldpflichtigen Umtausch des Bargeldes in einzelnen von Zeit zu Zeit aufzurufenden Banknotenserien (4).

Nur auf diese Weise dürfte es möglich sein, sowohl die Freiheit als auch die Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben wie im ganzen sozialen Leben überhaupt und eben dadurch erst die Unantastbarkeit der Würde des Menschen zu garantieren.

Ob in Zukunft, zumal angesichts der bevorstehenden Wirtschafts- und Währungs-Union Europas, dieses Ziel je erreicht werden kann, ist eine völlig andere Frage. Darauf kommt es aber hier gar nicht an. Entscheidend ist allein, daß wir dieses Ziel – Geldwertstabilität und Geldumlauf-sicherung – unentwegt im Auge halten und mit allen Kräften propagieren und ggf. diejenigen, die dies verhindern wollen, solange herausfordern, bis das Ziel erreicht ist.

Aus der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank

Wir dokumentieren drei Reden aus der Aktionärsversammlung vom 24. April 1992, in der unter anderem über die Höhe der Gewinnabführung an den eidgenössischen Finanzminister und deren währungspolitische Bewertung beraten und beschlossen wurde. Der Gegenantrag von Hans Hoffmann, der als einfacher Aktionär regelmäßig die Aktionärsversammlungen der Schweizerischen Nationalbank besucht und dort zu währungspolitischen Fragen das Wort ergreift, wurde immerhin von 38 der anwesenden ca. 350 Aktionäre, also von mehr als 10 %, unterstützt.

Die Redaktion

Eröffnungsansprache

Peter Gerber, Präsident des Bankrates

Das Jahr 1992 ist verschiedentlich als *Europajahr* bezeichnet worden. Der Entscheid der Europäischen Gemeinschaften, bis Ende dieses Jahres bei der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedländer einen großen Schritt voranzukommen, und der Versuch, die EFTA-Staaten in einen europäischen Wirtschaftsraum (EWR) einzubeziehen, stellen auch die Schweiz vor schwierige Entscheidungen.

In diesem Jahr stehen uns noch weitere Entscheide bevor: Im GATT, einem der wichtigsten Abkommen für den internationalen Handel, wird eine dringende Erneuerung angestrebt, die unserer Landwirtschaft Sorgen bereitet. Schließlich stimmen wir in drei Wochen aufgrund des Referendums diametral entgegengesetzter Kreise über den *Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds* und zur Weltbank ab.

Mit all diesen Entscheiden tun wir Schweizer uns schwer. Dies liegt einerseits natürlich daran, daß es sich um vielschichtige Fragen mit schwer überblickbaren Konsequenzen handelt. Es ist aber auch die Folge einer großen inneren Unsicherheit und eines Verlustes an Selbstvertrauen, die weite Kreise unseres Landes befallen haben. Wir lebten vier Jahrzehnte in außerordentlicher Prosperität, und unser Land hatte lange eine im Verhältnis zu seiner Größe sehr starke internationale Position inne. Es war uns wohl zu wenig klar, daß die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg eine für die Schweiz ungewöhnlich günstige Konstellation aufwiesen, die sich vermut-

lich nicht wiederholen wird. Wir konzentrierten uns – vor allem in unserem staatlichen Zusammenleben – mehr und mehr darauf, das Erreichte zu konsolidieren. Die verschiedenen Gruppierungen unseres Landes versuchten, über den Staat ihren Besitzstand zu wahren. Der Verteilungskampf wurde über Kartelle und mit staatlichen Regelungen, Preisgarantien, Indexierungen, Geboten und Verboten geführt. In den letzten zehn Jahren fand weltweit eine wirtschaftspolitische Deregulierungswelle statt. Diese gegenläufigen Tendenzen führten dazu, daß die *Schweiz*, die zu den liberalsten Ländern gehörte, heute *nicht mehr* als *beispielhaft* gelten kann.

Allmählich ist uns klar geworden, daß das *Ausland stark aufgeholt* hat – dank einer Politik, die früher immer *wir* propagiert und geführt hatten. Der Verlust der Sonderstellung macht uns zu schaffen. Wir sollten auf den Boden der Realitäten zurückkehren und uns auf unsere Stärken besinnen, die wir nach wie vor aufweisen. Wir müssen unsere defensive Haltung aufgeben und uns öffnen für Neues. Wir müssen uns vor allem auf das Wesentliche konzentrieren und unsere *Wirtschaftspolitik entschlacken* durch Aufheben einer Vielzahl von überflüssigen Eingriffen.

Wir müssen aber auch erkennen, daß das Zusammenleben auf unserem wegen der rasant zunehmenden weltweiten Verbindungen jeder Art immer kleiner werdenden Globus eine wirksame Zusammenarbeit der einzelnen Länder immer dringender werden läßt. Diese *Zusammenarbeit* findet *immer mehr in internationalen Organisationen* statt. Auf dem Gebiet der Währung und der Finanzen sind es der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, die seit Jahrzehnten eine nützliche Rolle als Forum für die Regelung internationaler Finanzbeziehungen einerseits und für Finanzierungen andererseits spielen. Nachdem inzwischen praktisch alle Länder diesen Organisationen angehören, sollten auch *wir* uns zum Beitritt entschließen.

Ein ganz anderes Thema beschäftigte uns in letzter Zeit stark. Sie konnten der Presse schon im Januar entnehmen, daß der Bundesrat im Rahmen des Programms zur Sanierung der Bundesfinanzen die *Ausschüttung größerer Beträge durch die Nationalbank* vorgesehen hat. Wie Sie wissen, wies die Nationalbank seit vielen Jahren einen Gewinn aus, der gerade ausreichte zur Dotierung des Reservefonds, zur Auszahlung der Maximaldividende von 6 % an die Aktionäre und für die Entschädigung der Kantone von 80 Rp. pro Kopf der Bevölkerung. Die darüber hinausgehenden Überschüsse verwendete sie zur Erhöhung ihrer Rückstellungen für Währungsrisiken. Nachdem die Überschüsse stark gestiegen waren, beschäftigten sich Direktorium, Bankausschuß und Bankrat mit der Frage, ob und in welchem Ausmaß zusätzliche Beträge an Bund und Kantone auszuschütten seien. Das Nationalbankgesetz enthält nämlich zwar sehr präzise Bestimmungen darüber, wie ein zusätzlicher Gewinn *verteilt* werden muß. Es findet sich aber

nichts im Gesetz darüber, auf welche Weise der Gewinn zu *ermitteln* ist. Die Nationalbank erarbeitete ein präzises Konzept für die Gewinnermittlung, dem der Bundesrat inzwischen zugestimmt hat. Mit diesem Konzept wird sichergestellt, daß keine Gewinne ausgewiesen und ausgeschüttet werden, welche die Bildung von Rückstellungen für die voraussehbaren volkswirtschaftlichen und betrieblichen Bedürfnisse verhindern würden. Für die Geldpolitik bietet die zusätzliche Ausschüttung keine nennenswerten Probleme. Herr Dr. Lusser wird in seinen Ausführungen das Konzept erläutern und auf die geldpolitischen Aspekte eingehen.

Die Ausschüttung ist also eine ganz *normale Konsequenz unserer Gesetzgebung*. Daß so große Beträge als Gewinn anfallen, ist die Folge der Änderung der Bilanzstruktur der Nationalbank in den letzten zwei Jahrzehnten. Während früher das ertragslose Gold den Hauptposten stellte, sind inzwischen die zuvor bescheidenen Devisenbestände zur größten Position in unserer Bilanz geworden, und auf den Devisen fallen heute bedeutende Zinserträge an. Nachdem die Rückstellungen ein komfortables Ausmaß erreicht haben, kann die Nationalbank nun einen größeren Teil ihrer Überschüsse ausschütten. *Gestört* hat uns allerdings, daß die Ausschüttung als *Teil* eines Programms zur *Sanierung der Bundesfinanzen*, mit dem sie nichts zu tun hat, figuriert. *Als wenig sinnvoll* und *nicht im Einklang mit den Bestimmungen von Verfassung und Gesetz* scheint uns ferner, daß der Nationalbankgewinn, der fast ganz an Bund und Kantone ausgeschüttet wird, mit der *direkten Bundessteuer belastet* werden soll.

Einzelne Aktionäre erkundigten sich bei uns, nachdem sie von der zusätzlichen Ausschüttung von Bund und Kantonen gehört hatten, ob die Nationalbank nun nicht auch etwas für ihre *Aktionäre* tun könnte. So gerne wir Ihnen, meine Damen und Herren, eine Freude bereiten würden, wir können es nicht, weil – wie erwähnt – die Verteilung der Gewinne im Gesetz genau geregelt ist. Das Gesetz sieht eine maximale Dividende von sechs Prozent vor, und darüber hinaus können wir nicht gehen. Auch die Bezahlung des Non-versé aus Gesellschaftsmitteln, die den Aktionären bei gleichem Dividendensatz eine doppelt so hohe Ausschüttung bringen würde, verstieße gegen das Nationalbankgesetz.

Geldpolitik und Wirtschaftslage in der Schweiz

Dr. Markus Lusser, Präsident des Direktoriums

Die schweizerische Teuerung, die während zweier Jahre auf hohem Niveau verharrt hatte, bildet sich seit dem Spätsommer 1991 deutlich zurück. Sie dürfte sich in den kommenden Monaten weiter verringern und bis Ende des Jahres auf 3 bis 4 % sinken.

Das Ziel eines stabilen Preisniveaus ist aber noch nicht erreicht. Wir müssen den Kampf gegen die Inflation beharrlich weiterführen. Dies erheischt Geduld. Es verlangt auch wirtschaftliche Opfer. Der Bremsweg der restriktiven Geldpolitik ist – bei uns wie im Ausland – lang. Die Teuerung läßt sich zudem nur um den Preis einer vorübergehenden Konjunkturflaute und erhöhten Arbeitslosigkeit beseitigen. Ich bedauere die sozialen Härten, die damit verbunden sind. Die Teuerung verursacht auf die Länge jedoch höhere soziale und volkswirtschaftliche Kosten.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit läßt da und dort den Ruf nach einer Lockerung der Geldpolitik erschallen. Einige Kritiker unseres Kurses möchten die Bemühungen um die Wiederherstellung der Preisstabilität kurz vor der Ziellinie abrechnen. Wir wären schlecht beraten, wenn wir versuchten, die Konjunktur mit einer expansiven Geldpolitik zu stimulieren. Die Erfahrungen zeigen, daß selbst eine vorübergehende Abkehr von der stabilitätsorientierten Geldpolitik die Gefahr eines Anstiegs der Teuerung heraufbeschwört. Wir werden daher an unserer mittelfristig angelegten Geldpolitik festhalten. Die Preisstabilität läßt sich – mit dieser Tatsache müssen wir leben – nur mit Mühe zurückgewinnen. Ein Blick auf die Wirkungsweise unserer restriktiven Geldpolitik zeigt es deutlich.

1. Wirkungsweise der restriktiven Geldpolitik

Wir gingen im Herbst 1988 zu einem restriktiven Kurs über. Ein weltweiter Konjunkturaufschwung zeichnete sich damals immer deutlicher ab. Das schweizerische Realwachstum begann sich zu beschleunigen. Der Aufschwung mündete 1989 in eine Überhitzung unserer Wirtschaft. Sie bewirkte – verbunden mit der Austrocknung des Arbeitsmarktes – einen rasanten Anstieg der Preise und Löhne. Das Teuerungskarussell begann sich zu drehen. Der Preisauftrieb wurde durch die Abschwächung des Frankens – sie war 1989 besonders ausgeprägt – noch verstärkt.

Der Aufschwung der Konjunktur und der Anstieg der Inflation ließen die Geld- und Kreditnachfrage in die Höhe klettern. Wir verknappten gleichzeitig das Geldangebot. Die inländischen Geldmarktsätze stiegen deshalb massiv. Mit der üblichen Verzögerung reagierten auch die langfristigen Zinsen sowie die Spar- und Hypothekensätze. Die Zinsen auf Hypotheken wurden auf ein Rekordniveau heraufgesetzt.

Die höheren Kreditkosten bremsten mit der Zeit das Wachstum der Investitionen. Die Bauinvestitionen reagierten besonders empfindlich. Die Verzögerung bei der Reaktion der Investitionen entsprach dem üblichen Muster. Deren Wachstumstempo begann sich in der zweiten Hälfte 1990 deut-

lich zu mäßigen. Die Investitionen fielen Anfang 1991 sogar unter den Stand des Vorjahres.

Der private Konsum wurde durch die konjunkturelle Flaute weniger stark beeinflusst. Sein Wachstum flachte jedoch ab. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – vor allem nach Automobilen und Haushaltseinrichtungen – wurde besonders betroffen.

Das Realwachstum reagierte – wie stets in der Vergangenheit – mit einer Verzögerung von etwa zwei Jahren auf die Verschärfung der Geldpolitik. Der Preisauftrieb hielt trotzdem ein weiteres Jahr an. Dieses Reaktionsmuster ist nicht ungewöhnlich. Die restriktive Geldpolitik beeinflusst das Realwachstum, bevor sie die Teuerung zu mäßigen beginnt. Verschiedene Faktoren erklären diese Verzögerung:

- Der Arbeitsmarkt bleibt in der Anfangsphase eines Konjunkturabschwungs häufig angespannt. Diese Erfahrung bestätigte sich. Das Realwachstum flachte im Laufe des Jahres 1990 erheblich ab. Entspannungstendenzen am ausgetrockneten Arbeitsmarkt wurden aber erst Ende 1990 sichtbar. Die meisten Unternehmungen gewährten im Herbst 1990 noch großzügige Lohnerhöhungen. Der von der Golfkrise ausgelöste Anstieg des Erdölpreises verstärkte über den Teuerungsausgleich den Lohnauftrieb. Die höheren Lohnkosten wurden Anfang 1991 mindestens teilweise auf die Preise überwältzt. Der Lohnauftrieb begann sich erst im Herbst 1991 zu mäßigen.
- Die staatlich administrierten Preise hinken der allgemeinen Teuerung häufig nach. Erhöhungen der Steuern und der öffentlichen Tarife sind unpopulär. Sie werden in konjunkturell guten Zeiten, in denen die Steuereinnahmen reichlich fließen, so lange als möglich hinausgeschoben. Schwächt sich die Konjunktur ab und sinken die Steuereinnahmen, sieht die öffentliche Hand sich gezwungen, ihre Tarife heraufzusetzen. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen trug 1991 merklich zur Teuerung bei. Verschiedene administrierte Preise werden auch dieses Jahr noch steigen.

Ich muß in diesem Zusammenhang – einmal mehr – auf eine typisch schweizerische, in der ganzen Welt Unverständnis auslösende Institution, die die Bekämpfung der Teuerung erheblich erschwert, hinweisen. Die im Mieterschutz verankerte, unsinnige Koppelung der Wohnungsmieten an die Hypothekarzinsen führte dazu, daß die Verschärfung der Geldpolitik die Teuerung zunächst anheizte. Die Wohnungsmieten erhöhten sich von Ende 1988 bis Ende 1991 um durchschnittlich 8,4% pro Jahr. Die Teuerungsrate für die übrigen vom Konsumentenpreisindex erfaßten Güter und Dienstleistungen betrug demgegenüber 4,4%.

Die Bindung der Wohnungsmieten an die Hypothekarzinsen ist in Zeiten überhitzter Konjunktur besonders gefährlich. Höhere Mieten werden, läuft die Wirtschaft auf Hochtouren, über den Teuerungsausgleich einfach auf Löhne und Preise überwältigt. Dies setzt eine Preis/Lohn/Preis-Spirale, die die Schlagkraft der restriktiven Geldpolitik in der Anfangsphase schwächt, in Gang.

2. Ist die Teuerungsbekämpfung schwieriger als früher?

Es wird häufig behauptet, die Bekämpfung der Teuerung sei heute schwieriger. Dabei wird auf die Länge des geldpolitischen Bremswegs hingewiesen. Es dauerte in der Tat rund drei Jahre, bis der Restriktionskurs, den wir 1988 eingeschlagen hatten, zu greifen begann. Die Teuerungsbekämpfung erfordert – wer wüßte es besser als ein Notenbankvertreter – Geduld und Beharrlichkeit. Ich kann deshalb verstehen, daß die Länge des Bremswegs die Geduld der Öffentlichkeit strapaziert.

Der Teuerungsrückgang läuft aber – es verdient, erwähnt zu werden – nach einem ähnlichen Muster wie Anfang der achtziger Jahre ab. Es verstrichen auch damals ungefähr drei Jahre, bis die Teuerung auf den geldpolitischen Kurswechsel zu reagieren begann. Sie hatte im Herbst 1981 mit 7,5% ihren Höhepunkt erreicht. Anschließend bildete sie sich etwas zurück, verharrte jedoch während des Jahres 1982 zwischen 5% und 6% und sank erst im Frühjahr 1983 deutlich unter 5%.

Auch der Rückgang des realen Bruttoinlandprodukts erreichte Anfang der achtziger Jahre ein ähnliches Ausmaß wie heute. Die Quote der Arbeitslosen liegt zur Zeit zwar auf einem höheren Niveau. Wir müssen aber berücksichtigen, daß die Sockelarbeitslosigkeit, die selbst in Zeiten überhitzter Konjunktur bestehen bleibt, nicht mehr auf dem tiefen früheren Niveau liegt. Der Ausbau der Arbeitslosenversicherung mag dazu beigetragen haben. Deren Revision von Anfang der achtziger Jahre erschwerte überdies die Einführung von Kurzarbeit. Die jüngste Abflachung der Konjunktur ließ deshalb vor allem die Vollarbeitslosigkeit steigen, während sich vor zehn Jahren die Kurzarbeitslosigkeit stark erhöht hatte.

Es bestehen trotz dieser Ähnlichkeiten aber auch Unterschiede zum Konjunkturrückgang der frühen achtziger Jahre. Die inländischen Zinssätze sanken damals mit der Abflachung deutlich. Sie sind seit Anfang 1990 dagegen nur leicht rückläufig und verharrten nach wie vor auf hohem Niveau. Der Unterschied in der Zinsentwicklung ist auf das internationale Umfeld zurückzuführen. Die schweizerische Konjunktur flachte in den achtziger Jahren parallel zu jener in Deutschland ab. Die deutschen Zinssätze sanken ebenfalls deutlich. Dies weitete unseren Spielraum aus und erlaubte uns, die

Geldpolitik zu lockern. Der Franken blieb angesichts des Zinsrückgangs in Deutschland trotzdem stark. Unsere Exportindustrie wurde von der damaligen Konjunkturflaute daher stark betroffen. Die jüngste Konjunkturabflachung setzte in der Schweiz dagegen früher als in unserem nördlichen Nachbarland ein. Zeichen einer Verlangsamung des Wachstums sind in Deutschland erst kurzem zu erkennen. Das deutsche Zinsniveau verharrt deshalb auf einem extrem hohen Niveau. Dies schränkt auch in der Schweiz den Spielraum für einen Zinsrückgang ein.

Wir begannen im Spätsommer 1990 – nachdem wir während anderthalb Jahren einen sehr restriktiven Kurs verfolgt hatten – die Notenbankgeldmenge wieder sachte auszuweiten. Diese Politik untermauerten wir mit einem mittelfristigen Wachstumsziel für die Notenbankgeldmenge von 1% pro Jahr. Gleichzeitig kündigten wir an, wir würden auch anderen Indikatoren – besonders der Wechselkursentwicklung – Beachtung schenken. Wir wollten eine zu starke Abschwächung des Frankens am Devisenmarkt – oder vielmehr die damit verbundene Gefährdung unserer Teuerungsbekämpfung – verhindern.

Der Rückgang der Teuerung ließ Anfang 1992 Erwartungen, daß die inländischen Zinssätze sinken würden, aufkommen. Sie lösten, obwohl wir unseren geldpolitischen Kurs nicht geändert hatten, eine deutliche Rückbildung des inländischen Zinsniveaus aus. Der Franken schwächte sich mit zunehmender Geschwindigkeit ab. Dies zwang uns zum Handeln. Wir intervenierten Anfang März am Devisenmarkt, indem wir Dollar und D-Mark gegen Franken verkauften. Die inländischen Zinssätze stiegen in der Folge wieder an.

Der Spielraum für eine Senkung der Zinssätze dürfte – diese Erfahrung zeigte es – noch für einige Zeit beschränkt bleiben. Der schwache Franken mildert jedoch die Wirkungen der restriktiven Geldpolitik auf Produktion und Beschäftigung. Die Exportwirtschaft profitiert davon. Die zinsempfindlichen Branchen – namentlich die Bauindustrie – müssen dagegen Produktionseinbußen hinnehmen. Anfang der achtziger Jahre war es umgekehrt. Die Exportindustrie trug damals die Hauptlast der Teuerungsbekämpfung.

Die hohen Zinssätze bewirkten auch einen deutlichen Rückgang der Liegenschaften- und Bodenpreise. Dies ist erwünscht. Die spekulativen Exzesse am Immobilienmarkt bedurften einer Korrektur. Sie schafft aber manchen Banken Probleme. Viele müssen auf ihren Krediten – vorab auf den Hypothekarkrediten – erhebliche Abschreibungen vornehmen. Der hohe Abschreibungsbedarf wird ihre Solvenz jedoch nicht beeinträchtigen. Die meisten Banken konnten die Erträge sogar beträchtlich steigern.

Unser Bankensektor ist in einem Strukturwandel begriffen. Der Wettbewerb ist schärfer geworden. Der Konzentrationsprozeß wie die Tendenz zu vermehrter Kooperation dürften sich fortsetzen. Die Banken werden diese Herausforderungen meistern. Dies wird dem Finanzplatz Schweiz neuen Schwung verleihen und das Vertrauen in unsere Banken weltweit stärken.

3. Internationale Aspekte der schweizerischen Geldpolitik

Die Rückkehr zu einem stabilen Preisniveau ist beschwerlich. Würde die Schweiz mit einem Anschluß an das Europäische Währungssystem (EWS) besser fahren? Diese Frage gewinnt vor dem Hintergrund der Maastrichter Beschlüsse an Aktualität.

Unser Land verfügt über drei währungspolitische Optionen:

- die einseitige Bindung des Frankens an das EWS,
- die Mitgliedschaft im EWS, die allerdings den Beitritt zur EG voraussetzt, oder
- die Beibehaltung grundsätzlich flexibler Wechselkurse gegenüber allen Währungen.

Österreich und die nordischen Staaten banden ihre Währungen einseitig an die D-Mark oder an den ECU. Diese Option steht der Schweiz jederzeit offen. Sie ließe sich innerhalb kürzester Zeit verwirklichen. Wir vermöchten bei einer einseitigen Kursbindung den Wechselkurs und notwendige Kursanpassungen – im Gegensatz zur Mitgliedschaft im EWS – selber zu bestimmen. Wir müßten aber auch allein dafür sorgen, daß der Kurs innerhalb der zulässigen Schwankungsbreite bleibt. Die volle Beteiligung am EWS ist dagegen – da sie den Beitritt zur EG voraussetzt – vor einem breiteren wirtschaftlichen und politischen Hintergrund zu beurteilen.

Beide Optionen werfen aber die gleiche Grundsatzfrage auf. Soll die Schweiz zu einem System fester Wechselkurse zurückkehren? Ich glaube dies nicht. Wir sollten trotz der Schwierigkeiten der letzten Jahre am gegenwärtigen Wechselkursregime festhalten. Die Verfechter einer Fixierung des Wechselkurses kämpfen mit dem Argument, Preisstabilität lasse sich damit aus dem Ausland importieren. Wir bewiesen in der Vergangenheit immer wieder, daß wir die Preisstabilität längerfristig aus eigener Kraft zu verteidigen vermögen. Und wir werden diesen Beweis erneut erbringen.

Ich halte unser Konzept einer pragmatischen Geldmengenpolitik, die andere Indikatoren – namentlich den Wechselkurs – mit einbezieht, nach wie vor für zweckmäßig. Es vermag unser prioritäres Ziel – die Preisstabilität – besser zu gewährleisten als die Rückkehr zu festen Wechselkursen. Dies gilt auch mit Blick auf die nächste Zukunft. Europa stehen große Verände-

rungen bevor. Ich denke nicht nur an die Phase des Übergangs zu einer Währungsunion. Auch die Umwälzungen im Osten werden in Westeuropa Spuren hinterlassen. Eine offene, pragmatische Politik gewährt in Zeiten hoher Unsicherheit mehr Freiraum als der starre Regelmechanismus eines Fixkurssystems. Unerwünschte Einflüsse aus dem Ausland lassen sich so leichter abfedern.

Steht diese Aussage nicht in Widerspruch zu meiner – verschiedentlich geäußerten – Überzeugung, daß der Beitritt zur EG längerfristig unvermeidlich ist? Die Mitgliedschaft in der EG ist ein in hohem Maße politischer Entscheid. Er reicht weit über das Wirtschaftliche – über das Monetäre – hinaus. Volk und Stände haben diese Schicksalsfrage zu gegebener Zeit zu entscheiden. Es entspricht jedoch schweizerischer Tradition – wie auch dem Wesen der direkten Demokratie – so wichtige Veränderungen schrittweise anzugehen. Ich hoffe deshalb, daß unser Land bald – wie vom Bundesrat vorgeschlagen – dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beizutreten vermag. Unsere Wirtschaft erschlosse sich damit den Zugang zum europäischen Binnenmarkt, und ihre Wettbewerbsfähigkeit würde gestärkt. Wir lernten uns zunehmend auf Europa einzustimmen. Der EWR hätte dagegen noch keine Auswirkungen auf das Wechselkurssystem. Die schweizerische Geldpolitik würde höchstens indirekt beeinflußt.

Die währungspolitischen Folgen eines EG-Beitritts sind schwerer abzuschätzen. Die in der EG – sei es im Rahmen des EWS, sei es in einer künftigen Währungsunion – verfolgte Geldpolitik wird der ausschlaggebende Faktor sein. Wie gut wird es der EG gelingen, einen stabilitätsorientierten Kurs zu verfolgen? Niemand vermag darauf zuverlässig zu antworten. Die Statuten der geplanten Europäischen Zentralbank künden zwar von hohem Stabilitätsbewußtsein. Auch das beste Notenbankgesetz ist aber keine Garantie für eine gute Geldpolitik. Die Europäische Notenbank wird den Test in der Praxis bestehen müssen.

Die Entwicklung Osteuropas wird uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System verlangt von der Bevölkerung gewaltige Opfer. Ein Rückschlag könnte die politische und wirtschaftliche Stabilität nicht nur des Ostens sondern auch des Westens unseres Kontinents gefährden. Die Schweiz hat alles Interesse, zur Gesundung Osteuropas beizutragen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank spielen bei der wirtschaftlichen Umgestaltung Osteuropas eine zentrale Rolle. Die Schweiz kann mit dem Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods diese Bestrebungen aktiv unterstützen. Er drängt sich umso mehr auf, als es uns gelang, einen hohen Kapitalanteil am IWF – eine Quote von rund 3,4 Mrd. Franken – auszuhandeln. Die Schweiz liegt damit vor Australien,

Österreich und Spanien an dreizehnter Stelle der Mitglieder des IWF. Die Quote ist für Rechte und Pflichten – auch für die Stimmrechte – maßgebend. Sie sichert uns echte Chancen, auf die Politik der Institutionen von Bretton Woods wie auf deren Bemühungen um die Koordination der Wirtschaftspolitik Einfluß zu gewinnen.

Die schweizerische Quote im IWF würde aus den Devisenbeständen der Nationalbank finanziert. Die Kosten halten sich in engen Grenzen. Sie fallen lediglich in Form von Ertragseinbußen an. Die Devisenbestände der Nationalbank sind normalerweise auf den internationalen Finanzmärkten angelegt, wo sie etwas höhere Erträge als die ebenfalls verzinslichen Forderungen gegenüber dem IWF abwerfen.

Unser Land ist infolge seiner Auslandsabhängigkeit auf stabile internationale Verhältnisse wie auf ein liberales Handels- und Zahlungssystem – die beiden Hauptanliegen des IWF – angewiesen. Unsere Geldpolitik wird in einem instabilen internationalen Umfeld erheblich erschwert. Ich hoffe, daß die Stimmbürger diese Vorteile sehen und sich am 17. Mai für den Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods entscheiden.

4. Gewinnausschüttung durch die Nationalbank

Lassen Sie mich mit einigen Bemerkungen zur geldpolitischen Bedeutung der zusätzlichen Ausschüttung von Nationalbankgewinnen an Bund und Kantone schließen. Die Gewinnausschüttung wird unsere Geldmengenzpolitik nicht tangieren. Sie wird nicht zur Schaffung von zusätzlichem Notenbankgeld führen. Wir werden die Notenbankgeldmenge weiterhin vorwiegend über den Abschluß von Devisenswaps und den Kauf von inländischen Wertpapieren ausweiten. Dies bedeutet, daß wir die Wirkung der zusätzlichen Gewinnausschüttung auf die Notenbankgeldmenge vollständig neutralisieren. Wir werden im Umfang der Gewinnausschüttung ungesicherte Devisenreserven veräußern. Es handelt sich um jene Bestände an ausländischen Währungen, die nicht – wie die Swaps – durch Verkäufe am Devisen-terminmarkt gegen das Wechselkursrisiko abgesichert sind.

Die zusätzliche Gewinnausschüttung führt somit nicht zu einer Ausweitung der Geldmenge. Das Wachstum der ungesicherten Devisenreserven wird vielmehr schrumpfen. Die ungesicherten Devisenreserven spielen indessen in einem kleinen Lande, das – wie die Schweiz – eng mit der Weltwirtschaft verflochten ist, eine wichtige geldpolitische Rolle. Sie ermöglichen es uns, im Falle einer Frankenschwäche am Devisenmarkt zu intervenieren. Diese Funktion würde bei einer Rückkehr zu einem fixen Frankenkurs noch an Bedeutung gewinnen. Die Devisenreserven stärken ferner die

Krisenresistenz des Finanzplatzes Schweiz. Sie stellen schließlich eine lebenswichtige Reserve für den Krisen- und Kriegsfall dar.

Der Bedarf an ungesicherten Devisenreserven läßt sich nicht genau er rechnen. Er hängt jedoch von der Größe und der Auslandsverflechtung der Wirtschaft ab. Die ungesicherten Devisenreserven sollten deshalb mindestens im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt wachsen. Diese Regel begrenzt das Ausmaß der Gewinnausschüttung.

Unsere Gewinne können von Jahr zu Jahr stark schwanken. Deshalb drängt sich eine Glättung der jährlichen Ausschüttung auf. Wir sind mit dem Bund übereingekommen, die zusätzliche Ausschüttung auf 600 Millionen Franken pro Jahr zu begrenzen, um zu verhindern, daß wir in einzelnen Jahren sehr hohe Gewinne ausschütten, in anderen dagegen auf eine zusätzliche Ausschüttung gänzlich verzichten müssen.

Weder Kritiken an unserem geldpolitischen Kurs und Forderungen nach dessen Lockerung noch die zusätzliche Gewinnausschüttung bringen uns von unserer stabilitätsorientierten Politik ab. Wir werden den Kampf gegen die Teuerung beharrlich fortsetzen.

Die Schweizerische Nationalbank als Finanzministerhilfe!

Hans Hoffmann

Die Schweizerische Nationalbank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes so zu regeln, daß die Kaufkraft des Frankens stabil bleibt.

Dieser Verfassungsrevisionsforderung der Freiwirtschaftler aus dem Jahre 1949 (Kaufkraft-Initiative) hatten Bundesrat und Parlament eine unverbindliche Gegenformulierung gegenübergestellt:

»... zu regeln und eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen.«

Dieser interpretationsbedürftige Gummitext wurde seit der Ära der Nationalbank-Präsidenten Dr. Stopper und besonders Dr. Leutwiler *eindeutig* und bis auf den heutigen Tag immer wieder neu *betont* als das Primat der Kaufkraftstabilisierung des Frankens resp. als Stabilisierung des Preisniveaus verstanden.

Kurzfristige Wechselkurs-Korrekturen (z. B. gegenüber der DM) wurden als »Abweichung vom Pfad der Tugend« empfunden und tunlichst vermieden.

Seit der Gründung der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1905 wurde immer wieder deren *Unabhängigkeit* von irgendwelchen Behörden herausgestrichen und vom Bundesrat Robert Comtesse anlässlich seiner Eröffnungsrede vom 23. August 1906 deutlich hervorgehoben:

»Die Nationalbank ist berufen, als oberster und uninteressierter Regulator zu funktionieren.«

Und nun gelangt der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank mit dem Antrag an die diesjährige Generalversammlung vom 24. April, es seien gemäß Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG der Eidgenössischen Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen 600 Millionen Franken aus dem Überschußgewinn abzuliefern.

Das hat den Unterzeichnenden bewogen, an der Generalversammlung der Aktionäre mahndend und warnend das Wort zu ergreifen.

Unfrisierte Gedanken zur Ausschüttung weiterer Gewinnanteile der Schweizerischen Nationalbank an die öffentliche Hand

1. Grundlegendes zum Verständnis in Kurzfassung:

1.1 Vor hundertfünfzig Jahren: 50 Emissions-Obrigkeiten, 860 Münzsorten.
Vor hundert Jahren: 36 Notenbanken.

Betreben: Vereinheitlichung unter *eine* Hoheit.

Lösung: Der Bund erhält die Münzenemissions-Hoheit.

Die Notenemissions-Hoheit geht unter Aufsicht des Bundes an eine Bank (BV 1891 Art. 29).

1.2 Während 20 Jahren Kampf um die rechtliche Form dieser »Bank«:

– Staatsbank: Gefahr: Säckelmeister des Finanzministers,

– Privatbank: Gefahr: Dominanz von Privatinteressen.

– Lösung: Aktiengesellschaft (Beteiligungsgesellschaft):

– 40% Private Aktionäre,

– 60% Öffentlichrechtliche Aktionäre: Kantone und Kantonalkassen,

– 0% Bund (Der Bund hat nur das Aufsichtsrecht).

– Aufgabe: Regelung des Geldumlaufs.

– Gewinnaus- – 4%, heute 6% Dividende an die Aktionäre.

schüttung: – 80 Rappen pro Kopf der Bevölkerung als symbolische Abgeltung des Emissionsgewaltverlustes der Kantone. (Dieses »herzige« Zöpfchen abzuschneiden lohnt sich nicht.)

– Allfälliger, *nicht verpflichteter* Überschuß:

1/3 an den Bund, 2/3 an die Kantone.

1.3 *Schlußfolgerung*: Die um die Jahrhundertwende gewachsene und bis auf den heutigen Tag bewährte Konstruktion der Schweizerischen Nationalbank zeigt (spitz gesagt):

- Außer dem Namen »Bank« und der Rechtsform hat die SNB mit einer *Bank* nichts zu tun.
- An die SNB bankmäßige, d. h. kommerzielle Maßstäbe anzulegen und Forderungen zu stellen, ist grundsätzlich *falsch!*
- All ihre Tätigkeiten sind auf die *zentrale* Funktion auszurichten: Erleichterung des Zahlungsverkehrs bei Stabilität des Preisniveaus!

2. *Was auf uns zukommt:*

- 2.1 Wenn der im Jahr Eins angefallene Übergewinn im April des Jahres Zwei ausgewiesen wird und im Januar des Jahres Drei an Bund und Kantone ausbezahlt werden soll . . . um jene in die Lage zu versetzen, ein Jahr im voraus zu budgetieren, dann vergißt man, daß die Finanzminister *langfristig*, zum mindesten legislatur-periodisch, wenn nicht gar dekadisch planen müssen.

Mindere Überschüsse werden u. U. aus Rückstellungen aufgebügelt. Ob diese Glättungsphilosophie zum Tragen kommt, wird sich weisen müssen. Jedenfalls besteht die Gefahr:

*Die Glättung wird zur finanzpolitischen Forderung
und tangiert die Unabhängigkeit der SNB.*

- 2.2 Schon meldet der Bund seine Unzufriedenheit an. Die Kantone werden folgen. In nicht allzuferner Zeit werden (bankmäßig zurecht) die Zinsen für die Zeitspanne zwischen Gewinnanfall und Gewinnausschüttung verlangt.
- 2.3 »Nicht ganz zu Unrecht«, schreibt bereits CW in der NZZ, werden die Aktionäre fragen, wo denn ihre *Interessen* an der Übergewinnverteilung gewahrt bleiben. Sie werden mit ihren 1,5 Millionchen nicht zufrieden sein, wenn 600 Millionen »geglättet« an ihnen vorbeifließen.
- 2.4 Das gemäß Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG sorgfältig konservierte Zöpfchen der »Ausschüttung von 80 Rappen pro Kopf der Bevölkerung« zugunsten der Kantone hat bisher kaum jemand bemerkt. Wenn aber ruckbar wird, daß Bund und Kantone nunmehr als willkommen »geglätteten« Zustupf nicht nur
- 80 Rappen pro Kopf der Bevölkerung, sondern
 - 87 Franken pro Kopf,
 - 168 Franken pro Erwerbstätigen,
 - 220 Franken pro Haushalt
- erhalten, dann melden sich sofort konkret *spürbare* Anteilsbegehren an, z. B. sachbezogen zur Aufbesserung der AHV/IV . . . , und schon ist der

»geglättete Zustupf« als Gewohnheitsrecht *institutionalisiert* und damit die *Unabhängigkeit der SNB tangiert!*

- 2.5 Wenn schon der Eidgenössische Finanzminister die 600 Millionen als »angemessen« betrachtet, sich also kaum mit einer »Glättung« zwischen »vorübergehender Sistierung« (SNB) und 600 zufrieden gegen wird . . . , wo haben da die »gleichberechtigten« Gelüste der Kantonalen Minister noch Platz?
- 2.6 Wenn seitens der Nationalbank ins Feld geführt wird, die Gewinnüberschußausschüttung werde bei ihrer Geldmengensteuerung entsprechend paralysiert, so ist doch nicht zu verkennen, daß ihre *Bewegungsfreiheit* teils unangenehm eingeschränkt werden kann.
- 2.7 Kommt dazu, daß die Nationalbank in den letzten Jahren etliche Mühen bekundete, mit der Einschätzung der währungspolitischen Wirkungen der Geldaggregate sowie der Neuerungen bezüglich der Bankenliquiditätsvorschriften und des SIC-Systems fertig zu werden. . . . Bislang konnte sie ihr Steuerungsinstrumentarium differenziert einsetzen; werden diese Finanzspritzen in jedem Fall unbedenklich sein?
- 2.8 Der Eidgenössische Finanzminister wird seinen Staatshaushalt nur um 2% weniger strikt kontrollieren müssen . . . Erleichterung oder falsches Signal? Lohnt sich das überhaupt? Weckt das nicht intensivere Begehren?
- 2.9 All das, was durch diese »Vereinbarung« auf uns zukommt, hat mit dem verfassungs- und gesetzesrechtlich festgelegten *Auftrag* der Nationalbank *nichts* zu tun. Sie ist der Beginn einer *gefährlichen Aufweichung* des Konstruktionsprinzips der Unabhängigkeit.
3. *Doch damit nicht genug: Was auf dem Fuß zu folgen droht . . .*
 - 3.1 Die bankkonforme Logik:
Die Jahresschlußbilanz der SNB weist unter den Passiven eine »*Bewertungskorrektur auf Devisen*« im Betrag von 1,697 Milliarden aus. Das ist *logisch*. *Nicht logisch* aber ist, daß sie keine Wertberichtigung auf ihren *Goldbeständen* ausweist. (Wie die Deutsche Bundesbank und die Österreichische Nationalbank.)
 - 3.2 Das erste »Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 6. Oktober 1905« legte in Art. 20 *weitsichtig* fest:
»Der ganze Gegenwert der in Umlauf befindlichen Noten soll in gesetzlicher Barschaft oder in Gold *zum Marktwerte gerechnet* . . . vorhanden sein. Die Metallreserve muß zum mindestens 40% der in Umlauf befindlichen Noten betragen.«

3.3 Mit der unglückseligen Entwicklung der Münzfuß- resp. Goldparitäten-Regelung wird die Bewertung des Goldes bis zum heutigen Tag auf Milligramm genau durch Gesetz festgeschrieben. Und zwar liegt die Kompetenz der Münzfußbestimmung bei der Bundesversammlung!

Mit der BRB vom 29. Juni 1954 beruft sich der Bundesrat gemäß Art. 22 des »Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 23. Dezember 1953« auf Notrecht (Zeiten gestörter Währungsverhältnisse) und nagelt in Art. 3 die Nationalbank an die Pflicht fest, »bei An- und Verkauf von Gold nur Preise zur Anwendung zu bringen, die . . . um höchstens 1½% . . . über oder unter dem gesetzlichen Münzfuß liegen.« D. h.: 1 kg Feingold = 4'595,744'680'851 . . . Franken! Dies notabene zu einer Zeit, wo die Deutsche Bundesbank wie die Österreichische Nationalbank ihr Gold bereits zu einem modifizierten *Marktwert* bilanzierten.

3.4 Sollte es weiterhin Schule machen, die Schweizerische Nationalbank als eine ordentliche *Bank* zu verstehen, so würde es unserem Finanzminister nicht zu verübeln sein, die *Logik des Marktwertes* anzurufen.

3.5 Das würde bedeuten: Marktwert 43,3 Milliarden
Bilanzwert 11,9 Milliarden

»Bewertungskorrektur auf dem Gold« 31,4 Milliarden
welcher »Gewinn« zu 1/3 auf den Bund und zu 2/3 auf die Kantone zu verteilen wäre. Das ergäbe einen »Zustupf«
von 4'550 Franken pro Kopf der Bevölkerung
8'820 Franken pro Erwerbstätigen
oder 11'630 Franken pro Haushalt

Verrückt aber *logisch*, bankadäquat *korrekt!*
Prof. Brunner: »Jedem ein VW-Käfer – jedem Haushalt ein Cadillac«!

4. *Das perpetuum Mobile*

- 4.1 Volks- und finanzwirtschaftliche Überlegungen:
- Wenn die Begehrlichkeit die Leistungsfähigkeit der eigenen Kraft zu übersteigen droht,
 - wenn der Sparwille und die Sparfähigkeit die Investitionen nicht mehr zu decken vermögen,
 - wenn die Natur ohne unverantwortlichen Raubbau von ihren Stoff- und Energie-Geschenken nicht mehr hergeben kann,
 - wenn das Steuervolk nicht gewillt ist, die Gewichte ökonomisch und ökologisch ins Lot zu bringen,
 - wenn die Verschuldung das Maß des Erträglichen übersteigt

- und wenn auch die Dritte Welt nicht intensiver ausgebeutet werden kann, . . . dann kommen
- 4.2 in den Wohlfahrtsstaaten
 - der Scheck der roten Zahlen,
 - die Frustration der Steuereinzahlenden,
 - das Feilschen der Parlamentarier, die im Wahljahr unpopuläre Maßnahmen populär machen sollten,
 - die Sorgenfalten der Finanzminister und Budgetjongleure und damit
 - 4.3 der Ruf nach dem *Manna*, daß alles heilend vom Himmel zu fallen hat! Und dieser Ruf wird anhalten, sich gar verstärken, solange das Volk samt seinen Politikern nicht einzusehen gewillt sind, daß
 - Reichtum nicht ohne sparen,
 - Wohlstand nicht ohne Opfer,
 - Schuldenfreiheit nicht ohne Konsumverzicht,
 - Schwarze Zahlen nicht ohne Steuern zu haben sind.
 - 4.4 Es gibt nicht nur einen »Druck der Straße«, sondern auch der Finanzen! So wird das Anzapfen der Gewinne der Nationalbank als »ewig-sprudelnde Quelle« zum bekannten »Dauerprovisorium« . . . Die Schweizerische Nationalbank läuft Gefahr, abgabepflichtig und damit abhängig zu werden.
 5. *Gesamtbeurteilung*
 - 5.1 Die Schweizerische Nationalbank ist eine *Notenemissionsbank* und keine kommerzielle Bank.
 - 5.2 Sie hat gemäß Verfassung und Gesetz die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln und eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen.
 - 5.3 Dieses »Gesamtinteresse« wird mindestens seit Anfang der siebziger Jahre *eindeutig als Stabilität des Preisniveaus* verstanden.
 - 5.4 Gewiß behindert die flexible Regelung der relativ geringen Übergewinn-Ausschüttung die Schweizerische Nationalbank nicht nennenswert an einer effizienten Geldmengensteuerung. Doch ist unabsehbaren Folgen vorbeugend zu wehren.
 - 5.5 Konjunktur- und Sozialpolitik sind auch am Rande keine Aufgaben der Schweizerischen Nationalbank. Die Nationalbank hat sich aus eigener Erfahrung und Erkenntnis zur Genüge und *überzeugend* dahingehend geäußert, daß die Stabilität der Kaufkraft der Währung an sich der beste *Grundgarant* jedweder Politik ist.

5.6 Die Unabhängigkeit der SNB ist unantastbar zu erhalten!

5.7 Bundesrat Robert Comtesse war wohl der weitsichtigste Magistrat unseres Landes. In seiner Eröffnungsansprache vor der konstituierenden Aktionärsversammlung der Schweizerischen Nationalbank, am 23. August 1906, formte er geradezu beschwörende und prophetische Worte:

»In der Tat muß die Notenzirkulation sich nach dem Bedarf des Verkehrs und des Zahlungsausgleichs richten; die Noten sind Ausgleichs- und Verkehrsinstrumente.«

»Die Nationalbank ist berufen, als oberster und uninteressierter Regulator zu funktionieren, die Schleusen öffnend und schließend, um die Bewegungen des Notenumlaufs genau zu überwachen, damit verhindert wird, daß das eine Mal eine Anschwellung der Notenzirkulation, das andere Mal Notenmangel eintrete.«

»Möge die Nationalbank von den mächtigen Mitteln über die sie mit der Banknote und dem Diskonto verfügt und die mit den Jahren noch stärker werden müssen, einen stets weisen Gebrauch machen.«

5.8 Diesen heute noch gültigen Worten und den vorstehenden Ausführungen folgend beantrage ich:

– Der Antrag des Bankrates an die Aktionärsversammlung bezüglich Punkt 3:

»Ablieferung an die Eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen im Betrage von Fr. 600 Millionen« ist grundsätzlich abzulehnen.

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank bitte ich in großer Besorgnis freundschaftlich, nochmals über die Bücher zu gehen: Einmal eingeführtes, anfänglich harmloses Gewohnheitsrecht hat die Tendenz, sich auszuweiten! Wehret den Anfängen!

Herrn Bundesrat Otto Stich rufe ich, ebenso besorgt und freundschaftlich zu: *»Stich du hast die Gans gestohlen, gib sie wieder her!«*

Der Mensch und das weibliche und männliche Prinzip

Mythologische und menschenkundliche Gesichtspunkte*

Heinz Hartmut Vogel

Geht das Menschenwesen aus einem ursprünglich mütterlich-weiblichen oder väterlich-männlichen Schöpfungsakt hervor? Diese Frage hat die Mythologie der Ägypter, der Griechen und Römer, der Germanen zu beantworten versucht. In diesem Ausdruck »versucht« liegt die ganze Problematik, wenn man den Menschen selbst als aus einem Schöpfungsakt hervorgegangen verstehen will.

*Mutterrecht und Urreligion***

In Unterägypten zu Saïs stand die neben der Isis höchste Gottheit, deren Priester die älteste Weisheitstradition Ägyptens vertraten, wohin auch die griechischen Philosophen gleichsam »in die Schule« gingen, z. B. Solon. Auf ihrem verschleierten Bild im Tempel zu Saïs stand: »Ich bin alles, was war, ist und sein wird, und meinen Schleier hat niemand aufgedeckt«. Novalis***:

»Einem gelang es – er hob den Schleier
der Göttin zu Saïs –
Aber was sah er? Er sah – Wunder des
Wunders – sich selbst.«

Ausgesprochene Mutterrechtstradition wirkt in den Natur- und Schöpfungsmythen aller Völker nach, auch dann noch, wenn schon ein Umschlag eingetreten ist in vaterrechtliche Schöpfungsprinzipien und Menschenrechte bis in die Gestaltung der Menschengemeinschaften (Staatenbildung).

Im *Mythos des alten Ägypten* ist das höchste, reinste und ursprünglichste Schöpfungswesen einmal die schon genannte Göttin zu Saïs, *Neiht*, und die himmlische Weltenmutter *Isis*, beide als weibliche Urwesen gedacht, und ein an den griechischen Uranos erinnernder, männlich erlebter Schöpfungsgrund: *Kneph*, der das Weltenei aus sich gebiert. Das Ei ist von jeher in

* Vortrag, gehalten anlässlich der Tagung des Medizinischen Seminars Bad Boll vom 28. – 30. Mai 1992, Thema: Der Mensch auf dem Weg in die Polarisierung der Geschlechter

** Johann Jakob Bachofen, geb. 22. 12. 1815 (Basel), gest. 25. 11. 1887: »Das Mutterrecht« (1861), »Versuch über die Gräbersymbolik der Alten« (1859), Gesammelte Werke, Hrsg. K. Meuli (1943), sowie C. A. Bernoulli: »Bachofen und das Natursymbol«, Basel 1924

*** »Novalis«: »Die Lehrlinge zu Saïs«

der Schöpfung Symbol für das mütterliche Prinzip, ihm zugeteilt, was noch in dem späten Mythos der Geburt von *Kastor*, *Pollux* und der *Helena*, die aus einem Ei entspringen, das *Leda* aus ihrer Verbindung mit *Zeus* in Gestalt eines Schwanes geboren hat, zum Ausdruck kommt. In großen Zügen soll nun deutlich gemacht werden, wie ein weibliches Mutterwesen durch den Schöpfungsmythos der Völker zieht. So sucht im germanischen Mythos *Odin* (der germanische *Merkur*) den Weisheitsgrund der Schöpfung zu erfahren.

Die Weissagung der Seherin

»Stille gebiet' allen
heiligen Göttern ich,
höhern und niedrigeren
Heimdallssöhnen;
Odin, du willst,
daß ich schicklich berichte
die älteste Kunde
der Welt, die ich weiß.

Der Riesen gedenk' ich,
der frühe gebornen,
die mich vorzeiten
aufgezogen;
weiß neun Welten,
weiß neun Wurzeln,
den herrlichen Maßbaum
unter der Erde.

In uralten Zeiten,
da hauste der *Ymir*,
keinen Sand, keine See gab's
noch kalte Brandung;
die Erde – nirgends,
kein Himmel darüber,
nur gähnender Abgrund
und gar kein Gras.«

»Da gingen all
die hochheiligen Götter
hin zum Herrschersitz –
ratschlagten:

gaben Namen
der Nacht und dem Neumond,
nannten mit Namen
den Morgen, den Mittag,
Vesper und Abend,
zu zählen die Zeit« . . .

»Bis ihrer dreie
vom Stamm der *Asen*
lieblich-mächtige,
kamen zum Meere:
fanden am Strande,
ganz entkräftet,
Ask und *Embla*
ohne Schicksal.

Hatten weder
Geist noch Leben,
nicht Wärme noch Stimme
noch frohe Farbe;
Leben gab *Odin*,
Geist gab *Hödir*,
Wärme gab *Lodur*
und frohe Farbe.

Ich weiß eine *Esche*,
Yggdrasil heißt sie,
die hohe, getränkt
mit weißen Wassern;
von dorthier fällt
der Tau in die Tale,
stets steht sie grün
überm Brunnen der Urd.

Von dort kommen drei
vielwissende Jungfrau'n,
aus dem Wasser,
das unter dem Baum rinnt;
Urd hieß man die eine,
die andere Werdandi

und Skuld die dritte –
sie ritzten's ins Scheit ein –
sie schufen das Schicksal
den Menschenkindern,
bestimmten, wie lange
ihr Leben währt. « . . . »*

Eine Riesin offenbart *Odin* die Urgeheimnisse der Schöpfung:

Die griechische Mythologie läßt aus dem Chaos den noch ungeborenen Schöpfungsurgrund, ein urweibliches Wesen: die *Gäa*, aus sich den *Uranos* gebären, mit dem sie die Götterwelt (*Kronos/Saturn* und die *Titanen*), die chthonischen Urkräfte gebiert: Auch die ägyptische *Rhea*, die mit *Saturnos* die ersten Götter hervorbringt, darunter auch die Unterweltgötter *Pluto*, *Poseidon* und die Göttin *Ceres*, in der die Erdengöttinnen *Persephone*, *Demeter* zu sehen sind. Dann *Juno*, die unter den olympischen Göttern das mütterliche Prinzip repräsentiert, *Rhea* geht auf in den späteren weiblichen Göttergestalten.

Auch *Rhea Silvia*, die Mutter von *Romulus* und *Remus*, eine jungfräuliche Vestalin, schlägt noch die Brücke zum Urmutterwesen; das jungfräulich gebiert, weshalb sie, wie die römischen Sagen mitteilen, das Leben verwirkt hat, jedoch vom Flußgott *Tiber* aufgenommen wird und zurückkehrt in den Mutterschoß der Gottheit. Wenn in der griechischen Mythologie Menschenfrauen von Göttern Kinder gebären, ist dies noch die Erinnerung an das Urmutterwesen, das sich in den jungfräulichen Göttinnen *Diana*, *Luna*, *Hekate*, *Demeter*, *Persephone* fortsetzt. Die ägyptische Mythologie sieht in dieser Müttertradition das Mondenwesen als Schöpfungsprinzip wirksam, daher das Rind, der Stier als Bild der Erd-Monden-Kräfte und die Ammons-priester als die Vertreter der Urmütterreligion: *Gäa*, *Erde*, *Mond*. Der *Apis-Stier* wird wie ein göttliches Wesen verehrt. Der Stier ist das Symbol der Mond-Erde-Kräfte. Die *Isis* wird mit einem Stierhaupt dargestellt. Es sind die dunklen Nachtkräfte, die von der Ammonspriesterschaft nach dem Tode des Sonnenkönigs *Echnaton* wiederhergestellt werden. Der Sonnengesang *Echnatons* wird noch einmal ausgelöscht.

Mutterrecht und soziale Ordnung

Das alte Ägypten, ganz unter der Herrschaft des Mutterrechtes stehend, ist der äußerste westliche Pol des in Asien und Vorderasien beheimateten,

* »Die Edda«, Manesse Bibliothek der Weltliteratur, S. 9-14

staatenbildenden Mutterrechtes. Schwester und Bruder waren in Geschwisterehe die Vermittler der göttlich-hierarchischen Ordnung auf der Erde. Der Pharaon-Bruder vollzog, was die göttliche Schwester offenbarte. Selbst bei den späteren, *vaterrechtlichen Ordnungen* der Griechen und Römer ragt noch das uralte Offenbarungswesen in die sozialen Ordnungen hinein, so die Weissagungen des Delphischen Orakels, die zu Rate gezogen wurden, wenn große soziale Entscheidungen bezüglich Krieg oder Frieden getroffen werden mußten. Der römische König *Numa Pompilius* erhält Ratschläge von der Nymphe *Egeria*. *Tarquinius Priscus* übernimmt schließlich die letzten drei Sibyllinischen Bücher der *Sibylle von Cumae*, nachdem er dreimal die gesamten neun Bücher wegen eines zu hohen Preises zurückgewiesen hatte. Aus den letzten drei himmlischen Anweisungen schuf er die Gesetze. Auch in den *nordischen, kelto-germanischen Völkern* trafen weissagende Frauen die letzte Entscheidung, wenn es um Krieg und Frieden ging.

Die *mutterrechtlichen Staatenbildungen* sind noch umfassend *kollektiv*, die *Empfindungsseelenvölker* erhielten sämtliche Anweisungen für die Gestaltung des Lebens, des Jahreslaufes durch das göttliche Gebot. In *Griechenland* und *Rom* tritt im Laufe von fünf Jahrhunderten das Mutterrechtsprinzip in der Staatenbildung zurück und wird abgelöst durch ein zunehmendes Individualprinzip. Der sich über Generationen hinziehende Kampf Griechenlands gegen das herandrängende *Persien* und auf dem westlichen Pol *Europas* der sich lang hinziehende Kampf des jungen *Roms* gegen *Karthago* sind *Kämpfe zwischen Mutterrecht und Vaterrecht*, zwischen *Kollektiv- und Individualordnungen*. Interessant ist, wie in Griechenland selbst sich diese beiden Prinzipien polarisieren in dem langen peloponnesischen Krieg zwischen *Athen* und *Sparta*. Sparta war noch mutterrechtlich organisiert*. Der mythische Kampf der Griechenstämme unter Führung *Agamemnons* gegen Troja war eine solche frühe Auseinandersetzung eines mutterrechtlich organisierten Volkes der *Trojaner* und der neuen Persönlichkeitskraft der griechischen Stämme. Auch hier ragt in der Gestalt des *Achill* noch ein mutterrechtliches Element in das Griechentum hinein, indem Achill, Sohn der Meergöttin *Thetis* und des *Peleus*, noch mutterrechtliche Züge trägt und – so paradox es erscheint – von *Apoll* überwunden werden muß, der zwar schon Vertreter eines *neuen, sonnenhaften Persönlichkeitsbewußtseins* ist, aber – was zunächst nicht logisch erscheint – auf seiten der Trojaner kämpft. Man sieht daraus, wie in dem späten Troja (geschichtlich etwa 1200 v. Chr.) ebenfalls schon innere Umwälzungen stattfinden. Noch kämpfen jedoch die kollektiv mutterrechtlich organisierten *Amazonen* auf seiten Trojas!

* siehe Friedrich Schiller: »Gesetzgebung des Lykurg und Solon«

Die innere Auseinandersetzung des uralten, östlich-asiatischen Mutterrechtsprinzips mit dem neuen, mitteleuropäischen Vaterrechtsprinzip schlägt sich in der Dichtung nieder:

Die Eumeniden

Orest hat den Tod seines Vaters Agamemnon durch Klytämnestra, seine Mutter, an ihr gerächt und sie getötet. Nach mutterrechtlicher Tradition war der Tod des Vaters weniger gegen die Schöpfung gerichtet als der Mord der Mutter. Die Eumeniden, die Erynien als Vollzieher der alten Schicksalsmächte verfolgen Orest. Es kommt zur »Gerichtsverhandlung«: Apoll und Athene treten als Richter auf, beide Vertreter eines neuen Individualbewußtseins. Der Sonnengott Apoll spricht:

*»Nicht ist die Mutter ihres Kindes Zeugin,
sie hegt und trägt das auferweckte Leben nur.
Es zeugt der Vater, aber sie bewahrt das Pfand,
dem Freund die Freundin, wenn ein Gott es nicht verletzt.«*

Dann spricht Athene, die jungfräulich dem Haupte des Zeus entsprungen ist:

*»Mein ist es, abzugeben einen letzten Spruch,
und für Orestes leg' ich diesen Stein hinein,
denn keine Mutter wurde mir, die mich gebar,
Nein, vollen Herzens lob' ich alles Männliche.
Es sieg' Orestes auch bei stimmengleichem Spruch.«*

Damit ist das Ende des Mutterrechtes vollzogen, die Erynien müssen weichen:

*»Ich das erdulden, wehe!
Unter der Erde ich mich verbergen, die Urweise, wehe!
O, neue Götter, altes Gesetz, uraltes Recht,
Ihr rennt sie nieder, reißt sie fort aus meiner Hand,
Und ich Unselige, schmachbeladen, bitter empört,
rächend zu Boden trief' ich des Herzens Giftröpfen-Saat.«
(Aischylos)**

* Aischylos, geb. 525 v. Chr. in Eleusis, gest. 456 in Gela, Sizilien. Werke: Die Perser, 7 gegen Theben, Orestheia, Eumeniden. 79 bekannte Tragödien: Teilnehmer (mit Sokrates) an den Schlachten bei Salamis und Marathon. (Text aus »Mütter und Amazonen«, Sir Galahad, Albert Langen Vlg., München 1932, S. 26)

Die Versöhnung mit den Urschicksalsmächten, den Erynnien, vollzieht Athene, indem sie die Macht der Erynnien nicht ihrer ursprünglichen Herrschaft beraubt, sondern sie in die neue Ordnung einbezieht.

Athene:

»In ehrender
Wohnung, Erechtheus' Tempel nah, wirst du dereinst
Von Männern hochgeachtet und von Weibern sein,
Wie dir in andern Ländern nimmer ward zuteil.«

Die Erynnien nehmen daraufhin ihren Fluch zurück, indem sie sprechen:

»Nicht ersticke Mißwachs jammervoll der Saaten Blühn,
Schafe froh in Sattigkeit,
Zwillingslämmer um sie her,
Ernähr' zu seiner Zeit der jungen Erde Grün,
der Grasung lieber Ort.«*

Der Wandel vom Mutter- zum Vaterrecht in Griechenland vollzieht sich in der Göttergestalt *Athene* einmal durch ihre jungfräuliche Geburt aus dem Haupte des *Zeus*, dann durch ihre wechselnde Erscheinung, einmal als *Jüngling*, einmal als *Mädchen*. In *Homers Odyssee* kommt dies dadurch zum Ausdruck, daß dann, wenn Athene dem Odysseus erscheint, erstens sein Schicksal schon vollzogen ist, das er sich selbst zugeteilt hat und es nicht der Führung der Götter verdankt, zum anderen tritt sie dann als *Jüngling* auf, wenn es sich zugleich um Götterziele handelt, sie tritt als *Mädchen* auf, wenn Odysseus ein eigenes Urteil über das bildet, was zu tun ist. Der objektive und der subjektive Gedanke treffen in der Seele des Odysseus zusammen.

Im ersten Gesang der *Odyssee* tritt Athene vor ihren Vater Zeus mit der Frage nach dem Schicksal des Odysseus. Der Beschluß Zeus' lautet: Odysseus soll seine Heimat Ithaka wieder finden, jedoch *ohne Hilfe der unsterblichen Götter und der sterblichen Menschen*.

Dies ist das geistige Hypomochlion, das in dem Homerischen Menschheitsdrama der *Odyssee* schon 800 v. Chr. in das Volk der Griechen wie ein Same eingepflanzt wurde. Die historische griechische Geschichte zeigt nun das Hin und Her zwischen *mutterrechtlich offenbarten Gesetzen durch die Mysterien und dem neuen »demokratisch«-individualistischen Bewußtsein*, vor allem Athens. Selbst *Solon* mußte freiwillig das Land verlassen, weil das noch

* »Mütter und Amazonen«, Albert Lange Verlag, München 1932, S. 27

chaotisch abstimmende Volk der Griechen aufs äußerste empfindlich war gegenüber einem – wenn auch noch so menschlich urteilenden – Gesetzgeber wie Solon. Der Tod des *Sokrates* zeigt, wie stark noch immer die Macht der Mysterien aus dem Hintergrund in das demokratische Athen hineinwirkt. Noch war es nicht allgemein erkannt und anerkannt, daß Gesetz und Recht in jedem einzelnen Menschen verankert sein können und von da aus in der Öffentlichkeit zu einem Konsens führen könnten. *Sokrates* war für Griechenland das, was *Echnaton* für das alte Ägypten war: Ein früher Vertreter der »Offenbarung« von Recht und Gesetz in jedem einzelnen Menschen, so daß von hier aus die soziale Ordnung in einem neuen Konsens jeweils neu geschaffen werden sollte.

Es sei hier nur eingefügt, daß das urdemokratische Prinzip nicht so verstanden werden kann wie heute üblich, daß eine Mehrheit entscheidet – sondern die *Urdemokratien in Griechenland, im germanischen Norden bis hin in die freien Städtegemeinschaften des Mittelalters, die Urdemokratie der Schweizer Eidgenossenschaften* waren in Wahrheit *Aristokratien*, d. h. allgemein verbindliche Entscheidungen mußten *einmütig* getroffen werden. Sie konnten sich deshalb auch nur auf solche Beschlüsse beziehen, die für alle gleiche Bedeutung hatten.

Wir stehen damit erneut vor der Frage nach der Geburt des Menschen *jenseits* des männlichen und weiblichen Prinzips.

Um uns dieser Frage zu nähern, greifen wir noch einmal zurück auf den Schöpfungsmythos der Griechen aus der Verbindung von Himmel und Erde, von *Uranos und Gää*.

Durch die aus dieser unmittelbaren Vereinigung hervorgegangenen *Titanen* und oberen Götter wie *Saturn, Zeus* und weitere der *oberen und unteren Götterkräftewelt*, drohte der Schöpfungsmoment sich in den Gegensatz mächtiger chthonischer, erdhafter Urkräfte einerseits und differenzierter, lichter Himmelskräfte andererseits zu *polarisieren*.

In der Prometheus-Sage – *Prometheus* als Sohn der *Gää* – kommt dieser Gegensatz dadurch zur Krise, daß *Prometheus* aus den Erdkräften einerseits und dem Raub des olympischen Feuers andererseits einen Menschen schuf ohne Mitwirkung der uranischen, himmlischen Kräfte. Die von *Prometheus* geschaffenen Menschen wurden vernichtet, *Prometheus* an den Felsen des Kaukasus geschmiedet. Erst *Deukalion*, ein Sohn des *Epimetheus* und der *Pandora*, wird zum Vater eines bleibenden Menschengeschlechtes.

An dieser Stelle greift erstmalig in den Schöpfungsakt des Menschen ein Wesen ein, das als *Pandora* (die Allbegabte) dem Menschen zweierlei auferlegt: einmal das All, die ganze Natur, in sich aufzunehmen (*Pandora*), zum anderen ist sie es, die den Menschen gleichzeitig mit der Gefahr und Auf-

gabe belastet, die auseinanderfliehenden Wesen (die aus dem ursprünglich verschlossenen Gefäß der Pandora strömten) gleichsam wieder in ihren ursprünglichen Zusammenhang einzufügen. *Die Krankheit wurde zum Mittel des Menschen, die auseinanderfallende Natur mit ihrem Ursprung zu versöhnen.*

Eine Kraft, die sich mit dem Pandora-Wesen verbindet und dem Menschen gleichsam zur Seite steht, taucht nunmehr auf, eine Götterkraft, die selbst kein eigenes Prinzip, keine besondere Aufgabe zu haben scheint: *Hermes/Merkur*. Wir werden zum Abschluß auf dieses Prinzip zurückkommen. In der Götterwelt wird *Hermes* als der Götterbote bezeichnet. Im Menschheitsdrama der Homer'schen Odyssee tritt *Hermes* an zwei entscheidenden Momenten an die Seite des *Odysseus*, dann nämlich, wo er einmal der Nymphe *Kalypso* und einmal der Nymphe *Circe* begegnet. *Circe* ist jene Naturseelenhaftigkeit, die den Menschen *Odysseus* wieder in die Natur zurückführen möchte (sie verwandelt die Gefährten des *Odysseus* in neunjährige Eber). *Hermes* verhindert dies. *Kalypso* möchte dem Menschen *Odysseus* die Unsterblichkeit und ewige Seeligkeit geben, wenn er auf sein Erden-schicksal und die Rückkehr nach *Ithaka* verzichten würde. *Hermes* verhindert auch dies. Der Mensch *Odysseus* bleibt seinem Menschenschicksal treu. Wir werden durch die Gestalt des *Hermes*, des Seelenführers, auf einen geistigen Weg verwiesen, auf dem, wenn er beschritten wird, der Weltgegensatz Himmel und Erde versöhnt werden kann.

Wir können jetzt schon aus dem Dargestellten eines gewinnen: Der Gegensatz *Weiblich/Männlich* reicht nicht aus, um aus diesen Kräften eine Überwindung des Gegensatzes zu erreichen. Ein völlig Neues muß hinzutreten. Die Mythologie würde uns dazu veranlassen, zu sagen, das geistige, apollinische, von der Göttin *Athene* vertretene Prinzip ist ein männliches Prinzip, die chthonischen Urkräfte des Lebens sind ein weibliches Prinzip. Weder aus dem einen noch aus dem anderen kann dieser Gegensatz überwunden werden. Allerdings ist in der Mythologie ein Ansatz schon darin zu finden, daß zum Beispiel *Apollo* so dargestellt wird, daß er ähnlich wie *Hermes* fast *androgyn* gestaltet erscheint, daß das *Apollo*-Angesicht auf manchen Plastiken mädchenhafte Züge trägt, *Athene* eher männlich-strenge Züge. Der *Merkur* selbst, gleichsam Zwillingsbruder der *Aphrodite*, tritt in seiner zarten, knabenhaften Gestalt noch jenseits des Männlich/Weiblichen auf.

Die oberen und unteren Götter

Wenn wir nach dem *Ptolemäischen Weltbild* die sieben Hauptplaneten von der Sonne aus in die obersonnigen und untersonnigen Sphären gliedern, kann uns auffallen, daß

die obersonnigen Planeten

Saturn
Jupiter
Mars
Sonne

und die untersonnigen Planeten

Venus
Merkur
Mond (Erde)

einen in der Sprache der Mythologie männlich/weiblichen Gegensatz bilden, wobei allerdings Hermes/Merkur (wie schon erwähnt wurde) gleichsam neutral oder hermaphrodit, das heißt merkuriell in Erscheinung tritt. Die *Sonne* ist selbst in sich doppelt. Sie kann *männlich* und *weiblich* erlebt werden, sie ist selbst in sich polar (le soleil = männlich, die Sonne = weiblich). Auf dem Hintergrund der mythologischen Bilder folgen die obersonnigen Planeten *Saturn*, *Jupiter*, *Mars* dem *männlichen Prinzip*, die untersonnigen Planeten *Mond*, *Merkur*, *Venus* dem *weiblichen Prinzip*. In der menschenkundlichen Betrachtung der menschlichen Organisation in ihrer dreigliedrigen Ordnung »oberer« Mensch, »unterer« Mensch, »mittlerer« Mensch treten die großen mythologischen Bilder von neuem in unser Blickfeld. Der *Sinnes-Nerven-Mensch* trägt formende, gestaltende, differenzierende Wirkungen auf den übrigen Menschen (wir sprechen von der Sal-Natur). Der »untere« Mensch lebt im Substanzstrom, im Ungeformt-Sein, im Flüssig-Pflanzlich-Ätherischen des »Stoffwechsel«-Geschehens, im Sulfur-Pol. Der *rhythmische Mensch* vermittelt das Obere in das Untere und das Untere in das Obere. Wir sprechen von Merkur, wenn wir die Paracelsischen Begriffe in diese Betrachtung einführen.

Anders ausgedrückt: Die mythologischen Urbilder Uranos (Himmel) und Gää (Erde) sind die wirksamen Weltenkräfte vor der Schöpfung im Schoße der Gottheit. Es ist die Vaterwelt und Mütterwelt, die der Ausgestaltung der Erscheinungswelt ungeboren vorausgeht. So kann *Goethe* von den *Müttern* sprechen:

»Gestaltung, Umgestaltung des ewigen Sinnes
ewige Unterhaltung. Die Mütter sind es.«
(*Faust*, 2. Teil, Kaiserhof)

Der Götterhimmel selbst, seine Gottheiten sind Bilder der Kräftewelt, der (in der Sprache der Anthroposophie) Lebens- oder Ätherwelt. Jenseits dieser Kräftewelt sind es die Mächte, die allen gewordenen Erscheinungen voraus gehen. Wir sprachen von den geheimnisvollen Gottheiten der Ägypter, vom männlichen »*Kneph*« und der weiblichen »*Neith*«, der geheimnisvollen verschleierte *Göttin zu Sais*.

Jenseits der Kräftewelt der Planeten, die – anthroposophisch-menschenkundlich gesprochen – die gesamte ätherische Organisation des Menschen ausmachen, wirkt in diese hinein der Astralhimmel. Er »befruchtet«, differenziert und gestaltet die Ätherwelt einerseits bis hinein in die differenzierten Substanzen im »unteren« Menschen, andererseits in der Differenziertheit der Sinnes-Nerven-Tätigkeit und der Bewußtseinsbildung im »oberen« Menschen. Diese Gliederung in »oben« und »unten« folgt einem Weltprinzip der trinitarischen Ordnung, die, wie dargestellt wurde, allen Lebenserscheinungen der gesamten Natur und dem Menschen selbst zugrunde liegt. So ist es zu verstehen, daß die ideale Menschengestalt und das Menschenwesen selbst in seiner seelischen und leiblichen Organisation dieser universellen *dreigliedrigen Ordnung* folgt. Was nun als Frage offenbleibt, ist, *das Menschliche im Menschen* zu erkennen, das heißt jenes Weltwesen in jedem einzelnen Menschen, das die oberen und die unteren Weltkräfte ineinander verwandelt und vereint. Wir deuteten dies bereits an, als wir davon sprachen, daß die Urschöpfung Uranos und Gää gleichsam eine *dritte Schöpfung* verlangten, *die Himmel und Erde miteinander verbindet*. Hinweise sind auch hier in der griechischen Mythologie als Vorstufen der noch im Verborgenen wirkenden Mittekraft im polaren Götterpaar *Apollo* und *Dionysos* zu sehen. *Apollo*, der *Lichtgott aus Hyperboräa*, ein reiner Göttersproß; *Dionysos*, ein *Sohn* des Jupiter und der Semele, einer phönizischen Königstochter, das heißt *einem ursprünglich noch mutterrechtlichen, aus Vorderasien stammenden Volk*. Der überirdische Glanz der Göttererscheinung tötet *Semele*, *Jupiter* rettet das Kind und trägt es in seiner Hüfte aus, aus welcher es nach drei Monaten ein zweites Mal geboren wird. *Hermes* bringt das *Dionysos-Kind* in eine Höhle in *Thrakien*, wo vier Nymphen (!) den jungen *Dionysos* aufziehen. Das Kind, das von Seeleuten entführt wurde, hält auf hoher See das Schiff an und umwindet den Kiel, das Ruder, die Masten mit Wein- und Efeuranken. Er selbst verwandelt sich zum Löwen, die Seeleute werden zu Delphinen. *Dionysos* ist der Gott, der aus den tiefen Kräften des Blutes (ernährt von den vier Nymphen) aufsteigt, die im Blut wirkenden Seelenkräfte aus ihrer Unerlöstheit der Bachantinnen und den ihnen folgenden Faunen befreit.

So begegnen sich die *apollinischen und dionysischen Kräfte im Menschen*, um von der *Mitte* aus nach oben und unten der Seele einen zwischen beiden frei gehaltenen Raum zu schaffen. Der Raum selbst ist jedoch noch nicht erfüllt. Das hat die Mythologie noch nicht zur Darstellung bringen können: Lediglich in der Gestalt des Herakles, der durch seine zwölf Taten sich das Elysium verdient und zweimal die Unterwelt aufsucht, um den Höllenhund *Zerberus* ans Tageslicht zu holen. *Pluto* und *Persephone* erlauben ihm dieses, wenn er den Höllenhund ohne Waffen bezwingen würde, was ihm

gelang. Die zwölf Taten vollbringt *Herkules* im Auftrag der Götter. Seine Taten und Leiden zeichnen urbildhaft den Weg des Menschen, der das Tierwesen in seinen vielfältigen Einsseitigkeiten überwindet, vor allem auch jene chthonischen Urkräfte, die in der Gestalt des Stieres, der Rinder, des Augias-Stalles und schließlich in der Überwindung eines ganzen Amazonenheeres den Weg zum Elysium aufzeigen. Herakles ist der einzige der Heroen, der zweimal die Unterwelt betritt und sie endgültig verläßt, so daß *Odysseus* bei seiner Begegnung mit den in die Unterwelt gebannten Verstorbenen den Herakles dort nicht findet, er sieht nur sein »Idol«. »Er selbst weilt bei den unsterblichen Göttern«.

Die Dreigliederung des Menschen und die weibliche und männliche Konstitution

Es wurde dargestellt, daß die ätherische Organisation im Menschen sich einfügt in den »unteren« Menschen und spiegelbildlich in den »oberen« Menschen. Die vierfache Kräfteorganisation wird dadurch zur siebenstufigen Kräftewelt: Nach Rudolf Steiner das ersterbende Leben, das bewahrende Leben, Atmungsleben, Zirkulationsleben, ernährendes Leben, Bewegungsleben, Reproduktionsleben. Das Zirkulationsleben bildet die Mitte und verbindet den »oberen« mit dem »unteren« Menschen. Der siebenfache Lebensleib gliedert sich so in die dreigliedrige Gesamtnatur des Menschen ein, in den Nerven-Sinnes-Menschen, den Stoffwechsel-Gliedmaßen-Menschen und den mittleren, rhythmischen Menschen.

Dieses Urbild bildet den Hintergrund der weiblichen *und* männlichen Konstitution. Die Differenzierung in das konstitutionell Weibliche und konstitutionell Männliche hängt damit zusammen, wie tief sich die seelische oder Empfindungsorganisation mit der physischen Leibesanlage verbindet bzw. welche der vier elementaren Kräfte der ätherischen Organisation im unteren bzw. oberen Menschen wirksam werden.

Wir greifen zurück auf die bereits dargestellte polare »Oben-Unten-Orientierung« der gesamt menschlichen Gestalt. Im »oberen« Menschen wirkt die ätherische und astralische Organisation auf der Grundlage des hier vorherrschenden »Sal-Prinzips« von der organischen Grundlage befreit, formend und gestaltend im Gesamtorganismus. Im »unteren« Menschen dagegen sind die ätherischen und astralen Kräfte organ- und substanzgebunden. Dies wurde in der Terminologie des Paracelsus als »Sulfur-Prinzip« bezeichnet. Die weibliche und männliche Konstitution sind nun dadurch unterschieden, daß bei der weiblichen Konstitution im »unteren«, dem Sulfurischen unterliegenden Substanzgeschehen die *astralische Organisation* mit der *ätherischen und physischen Organisation* in lockerer Verbindung steht,

das heißt, das Empfindungsleben ist relativ frei beweglich gegenüber dem Aufbau und der organisch wirksamen, ätherischen Lebensorganisation. *Rudolf Steiner* spricht von der »hysterischen« Konstitution, die der weiblichen Bildung tendenziell innewohnt. Im männlichen Organismus ist dagegen die seelische und Empfindungsorganisation stärker mit der physisch-leiblichen Körperlichkeit verbunden. Dies kommt in der deutlich strafferen Gewebestruktur und in der Ausformung des Skelettes und der Muskulatur zum Ausdruck. Dafür wird bei der männlichen Verfassung im »oberen« Menschen Ätherisches stärker als in der weiblichen Organisation freigesetzt. Wir haben folgenden Doppelvorgang: Die weibliche Konstitution ist durch ein relativ freieres Seelenleben- und Empfindungsleben im »oberen« Menschen ausgezeichnet, die männliche Konstitution durch eine relativ freiere ätherische Organisation im »oberen« Menschen.

Gliedern wir, wie dies *Rudolf Steiner* tut, die ätherische Organisation in die vier Ätherkräfte Wärmeäther, Lichtäther, chemischer Äther, Lebensäther, so sind chemischer und Lebensäther in der weiblichen Konstitution im »unteren« Menschen organbildend wirksam, in der männlichen Konstitution dagegen sind dieselben Kräfte im »oberen« Menschen relativ freitätig. Umgekehrt wirken Licht- und Wärmeäther in der männlichen Konstitution im »unteren« Menschen organbildend, bei der weiblichen Konstitution sind dagegen wärme- und lichtätherische Kräfte im »oberen« Menschen relativ freier. So begleitet die ätherische Organisation spezifisch die Art und Weise, wie der Empfindungs- oder Seelenleib sich bei der männlichen bzw. weiblichen Konstitution verhalten: In der männlichen Verfassung stark an das Physische gebunden, in der weiblichen Verfassung in lockerer Weise mit dem physischen Leib verbunden. So ist es zu verstehen, daß *Rudolf Steiner* bei der männlichen Konstitution von der Tendenz zur Neurasthenie sprechen kann. Hysterie und Neurasthenie sind dann die extremen, ins Pathologische übergehenden Vereinseitigungen der weiblichen und männlichen Verfassung.

Über das weibliche und männliche Prinzip, über die weibliche und männliche Konstitution hinausführend spricht *Rudolf Steiner* von der menschlichen, dreigliedrigen Gestalt zugrundeliegenden »Ich-Organisation«. Sie wirkt – nach *Rudolf Steiner* – in der Wärme, und zwar sowohl in der seelisch-ätherischen, »freien« Wärme im »oberen« Menschen wie auch in der ätherisch-physischen Wärme im »unteren« Menschen. Die Ich-Organisation umfaßt danach das freie Ätherische und Seelische im »oberen« Menschen und das organgebundene Seelisch-Ätherische im »unteren« Menschen bis hinein in die physische Leibesgrundlage. Dieser »Wärmemensch« wirkt aus der Mitte der gesamt menschlichen Organisation aus der Blut- und Herzregion, das heißt in den rhythmischen Vorgängen, die den

unteren und oberen Menschen zu einer Einheit zusammenfassen, jedoch so, daß diese Einheit ständig im rhythmischen Entstehen ist. Wir sprachen in der *Paracelsischen* Terminologie von *Sal*, *Sulfur* und *Merkur*. Unter »Merkur« wird dieses mittlere, nach unten und oben und oben und unten wirkende Prinzip verstanden. Danach ist es die von Steiner so genannte Ich-Organisation, die von der Mitte aus den Sulfur- und Sal-Pol, den »unteren« und »oberen« Menschen rhythmisch durchdringt und das Obere mit dem Unteren verbindet. Wir sprachen davon, daß in der vorchristlichen, ägyptischen, griechisch-römischen und germanischen Mythologie dieses mittlere Wesen zwar geahnt, aber noch nicht dargestellt werden konnte, wenn auch – wie dies angedeutet wurde – durch den Gang in die Unterwelt (*Orpheus*, *Herakles*, *Odysseus*) der Tod im Leben bereits vorgezeichnet worden ist. Erst durch das Erscheinen des *Weltenlogos* in Menschengestalt und durch den Wiederanschluß der Todeskräfte an das Leben trat das Mittlerwesen der Welt auch in jedem einzelnen Menschen in die Wirklichkeit ein. Das Menschenwesen selbst wurde durch das Menschheitsereignis: »*der Logos, das Wort ist Mensch geworden*« an das Schöpfungsgeschehen wieder angeschlossen. Jeder einzelne Mensch ist in sich, in seinem Leib und in seinem Leben zu einem Mittlerwesen geworden. Im »*Gastmahl des Plato*« werden die Teilnehmer aufgefordert, ihre Anschauung über das Wesen der Liebe auszusprechen. Sie tun dies in der vielfältigsten Weise. Schließlich wird *Sokrates* nach seiner Ansicht über das Wesen des Eros gefragt. Daraufhin teilt er sein Gespräch mit *Diotima* (eine Tochter des Zeus) mit: »Was also« sprach ich »wäre der Eros? Ein Sterblich?« – »Keineswegs« – »Aber was dann?« »Wie Feuer« sagte sie »mitten zwischen sterblich und unsterblich« – »Was also, Diotima?« »Ein großer Dämon, o Sokrates. Denn alles Dämonische ist mitten zwischen Gott und Sterblich.« – »Welche Kraft hat es?« fragte ich. – »*Zu verkünden und zu überbringen Göttern, was von Menschen, und Menschen, was von Göttern kommt. Von den Einen Gebete und Opfer, von den Anderen Aufträge und Antworten auf die Opfer. In der Mitte wesend füllt es den Raum zwischen beiden, damit das All sich in sich selbst zusammenschließe.*«*

Diotima – Sokrates Rede über die Liebe ist die Schilderung des Merkur-Wesens im Menschen. Wie ein Geistkeim wurde das Ich bereits im 5. Jahrhundert vor Christus in die Seelen der Schüler der Platonisch-Sokratischen Schule gelegt. Zum Boten zwischen Sterblichkeit und Unsterblichkeit ist jeder Mensch berufen. Der »Gott« Hermes Merkur steigt auf zum Weltenmerkur: »*Christus verus Mercurius est.*«**

* »Gastmahl des Plato« oder »Von der Liebe«, Reclam, Stuttgart, Universalbibliothek, Nr. 927/27 a.

** Mittelalterlicher Rosenkreutzer-Spruch

»Geldwertstabilität – ein unerreichbares Ziel?«*

Roland Geitmann

Ein Thema nur für Experten? Nein, sondern jeden betreffend, der mit Geld umgeht. Dies war – bei aller Kompliziertheit der besprochenen Fragen – eines der Ergebnisse der Tagung, die unter dem oben genannten Titel am 4. und 5. Juli 1992 im Seminargebäude, Bad Boll, stattfand. Denn stabiles Geld ist für mittel- und langfristige wirtschaftliche Dispositionen und Vereinbarungen entscheidende Grundlage. Solange diese schwankt, leiden alle unter erhöhten Risiken, wird die Wirtschaft kurzatmig, gewinnen die einen und verlieren viele andere und kämpfen alle mehr oder weniger erfolgreich um Anpassung von Preisen und Tarifen.

Entsprechend breitgestreut war der Kreis der rund fünfzig Teilnehmer, neben älteren und dem Seminar seit Jahren eng verbundenen auch erfreulich viele jüngere Menschen, die erstmals unsere Einrichtung besuchten, Studenten verschiedener Fachrichtungen und Lehrende, Künstler und in der Wirtschaft Tätige, Hausfrauen und Bankfachleute.

Ausgangspunkt der Tagungskonzeption war der von Milton Friedman und Anna Schwartz durch geldhistorische Untersuchungen nachgewiesene Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Geldwertentwicklung, den sich auch die Deutsche Bundesbank zunutze macht, indem sie seit 1974 jährlich ein Geldmengenziel bekanntgibt. Doch hat sie dessen Bandbreite häufig verfehlt. Wir haben nach

wie vor – wenn auch relativ niedrig – Inflation, deren Höhe nicht unbeträchtlich schwankt. Die Tagung ging der Frage nach, woran dies liegt, ob sich die Bundesbank nicht genau genug an das Friedman'sche Konzept hält oder ob ein Fehler im theoretischen Konzept steckt.

Seinen als Einführung vorgezogenen Beitrag »Die Geldmengenziele der Bundesbank und die jährlichen Inflationsraten seit 1974« beschränkte Jobst v. Heynitz, München, als Tagungsleiter auf die kurze Erläuterung einer informativen Zahlenübersicht, aus der sich die jährlichen Differenzen zwischen vorheriger Annahme und tatsächlichem Ergebnis bei Geldmenge, Bruttosozialprodukt, Preisindex und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ergaben. Auch verdeutlichte er den Unterschied zwischen der ursprünglich als Orientierungsgröße geltenden Zentralbankgeldmenge einerseits und der seit 1988 gewählten Geldmenge M3 andererseits. Letztere umfaßt neben dem Bargeld die Sichteinlagen, befristete Einlagen (unter vier Jahre) und Spareinlagen in voller Höhe und nicht nur, wie bei der Zentralbankgeldmenge mit den Anteilen der bei der Bundesbank zu unterhaltenden Mindestreserven (zwischen 16,6 und 8,1%). Die Geldmenge M3 umfaßt also wesentlich mehr als das, was tatsächlich umläuft und Geldfunktion wahrnimmt, was insbesondere von Helmut Creutz nachhaltig und mit Grafiken belegt beanstandet wurde.

In einem »Galopp durch die Geldtheorie« gab Dr. Albrecht Michler, Assistent

*) Tagung des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ e. V. in Bad-Boll vom 4.–5. Juli 1992

am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften von Prof. Dr. A. Thieme, Universität Düsseldorf, sodann einen klaren und trotz einiger Formeln allgemeinverständlichen und sehr hilfreichen Überblick. Unter dem Titel »Milton Friedman's Konzept der Geldwertstabilität und seine Umsetzung in der Notenbankpolitik« erläuterte er zunächst die Fisher'sche Verkehrsgleichung »Geldmenge \times Umlaufgeschwindigkeit = reales Transaktionsvolumen \times Preisniveau = nominales Transaktionsvolumen« und veranschaulichte den jeweiligen Ansatzpunkt der verschiedenen Theorien (Geldangebots-, Geldnachfrage-, Transmissions-, Wachstums-, monetäre und nichtmonetäre Inflationstheorien). Dann beleuchtete er den Streit zwischen Keynesianern und Monetaristen über die Steuerbarkeit der Geldmenge, auf die, so das Ergebnis der Geldangebotstheorie, zwar alle Einfluß hätten, auch private Haushalte, der Einfluß – und folglich die Verantwortung – der Notenbanken jedoch dominiere.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sei nur ein Reflex anderer in der Verkehrsgleichung genannter Größen. Diese Aussage blieb bis zum Schluß der Tagung umstritten und das nicht zufällig, weil der Liquiditätsvorteil des Geldes als Untergrenze akzeptabler Rendite ruckhafte Verhaltensänderungen hervorruft und der Mensch ohnehin mit Verzögerungen und unberechenbarer reagiert als eine Maschine, die nichts weiter tut, als ständig die optimale Kombination von Vermögensformen neu auszutarieren.

Andere Aspekte des dargestellten Transmissionsprozesses waren durchaus einleuchtend, indem monetäre Impulse (z.B. Ausdehnung der Geldmenge) und entsprechende Ungleichgewichte Änderungen bei Preisen und Vermögensbe-

ständen, Kassenhaltung, Ausgaben-, Substitutions- und wiederum Rückkopplungseffekte auslösen. Durch Informations- und Veränderungskosten sowie mangelhafte Anpassung entstünden, so der Referent, Verteilungseffekte, Überreaktionen und wegen der Langfristigkeit der Auswirkungen wellenartig sekundäre und tertiäre Folgen. Um Planungssicherheit zu gewährleisten und Fehlallokationen sowie unerwünschte Umverteilungswirkungen zu vermeiden, seien eine Verstärkung der Geldmenge und ihre sorgfältige Anpassung an das Sozialprodukt wichtige Ziele der Notenbank.

Auf diesem Fundament konnte Dr. Jan Franke-Viebach von der Deutschen Bundesbank, Hauptabteilung Volkswirtschaft, aufbauen mit seinem Vortrag »Die geldpolitische Konzeption der Deutschen Bundesbank«. Preisstabilität sei zwar nicht das einzige, wohl aber das primäre Ziel der Geldpolitik. An Schaubildern über die langfristige Geldmengen- und Preisentwicklung seit 1970 wies er nach, wie Trendänderungen der Preisentwicklung den Veränderungen der Geldmenge um 2–2,5 Jahren nachfolgen. Kurzfristig wirkten sich zwar auch Kostenfaktoren inflationär aus, langfristig jedoch allein die Geldmenge. Diese könne durch die Bundesbank nur indirekt (durch Bereitstellung von Zentralbankgeld) und nicht kurzfristig wirkend gesteuert werden, weil Geschäftsbanken und Nichtbanken am Geldschöpfungsprozeß beteiligt seien.

Prägnant und anschaulich schilderte der Referent, wie die Bundesbank den Geldmarkt beeinflusst, die Grob- und Feinsteueringstrumente ihrer Zinspolitik (Diskont- und Lombardsatz sowie Schatzwechsel-, Abgabe- und Pensionsatz) und ihrer Liquiditätspolitik (Mindestreserven, Rediskont- und Refinanzie-

zierungskontingente/Lombardobergrenzen sowie Offenmarktgeschäfte, Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere, Wechsel-Pensionsgeschäfte usw.).

Besonders aufschlußreich war eine Übersicht mit Angaben darüber, wie seit 1975 das jeweilige Geldmengenziel abgeleitet wurde. Neben dem Wachstum des Produktionspotentials und Veränderungen seiner Auslastung sowie der seit Jahren abnehmenden Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (und entsprechend steigender Kassenhaltung) spielte in der weiteren Diskussion eine zentrale Rolle der sogenannte »unvermeidliche Preisanstieg«. Die hierfür seit 1985 regelmäßig angesetzten 2 % begründete der Referent mit Erfahrungen und Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer, wodurch eine Inflationsrate von 0 % unrealistisch werde. Zu berücksichtigen seien außerdem Einflüsse aus dem Ausland sowie staatliche Zinssubventionen, die den Bremsweg der Hochzinspolitik verlängern, die Geldmenge ausweiten und die Inflation erhöhen. Eine permanente und absolute Geldwertstabilität sei deswegen in der Tat nicht erreichbar.

In der leider viel zu kurzen Zeit für Rückfragen und Diskussion wurden unter anderem *Probleme der Europäischen Währungsunion* angesprochen, für die auf die Tagung am 24./25. Oktober 1992 verwiesen werden konnte. Dr. Franke-Viebach verglich diese Vereinigung nachdenklich stimmend mit dem Herausoperieren von Gelenken und entsprechenden Erstarrungsfolgen. Nachdem der »Profi« Andreas Spangemacher (Bilanzbuchhalter einer Bank) die Aufmerksamkeit auf eher technische Einzelfragen gelenkt hatte, blieb für die Beantwortung wiederholter Fragen nach den sozialen Auswirkungen unseres Geldsystems und der Hochzinspo-

litik keine Zeit mehr; die Opfer blieben bei dieser Tagung vor der Tür.

In einem zweiten Beitrag unter dem Titel »Erfahrungen mit dem Friedman'schen Geldmengenkonzept bei einigen europäischen Notenbanken« berichtete Dr. Michler über die Entwicklung im Ausland und konnte insbesondere an den Beispielen Italiens und Frankreichs den deutlichen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Geldmenge und des Preisniveaus zeigen.

Der Abendvortrag des noch jungen Karlheinz Kratz, ebenfalls Assistent bei Prof. Dr. Thieme, galt *historischen Beispielen der Hyperinflation in Deutschland 1923 bis 1925 und der Hyperdeflation 1929 bis 1933*. Die Darstellung bestätigte den Zusammenhang zwischen Geldmengenausweitung und Inflation einerseits und Geldmengeneinschränkung und Deflation andererseits, wobei in beiden Fällen positive Rückkopplungseffekte verstärkend wirkten. Für nähere Einzelheiten verweise ich – wie auch zu den übrigen Vorträgen – auf den beabsichtigten Abdruck in späteren Heften.

Intensiverer Gedankenaustausch gelang, wie üblich, erst in den mit Erfrischungen und Büchertisch bestens besetzten Pausen, bei den gemeinsamen Mahlzeiten und in lockerer aber umso angeregter »Krone«-Runde bis nach Mitternacht. In der Nüchternheit des Sonntagvormittags mußte es sich erweisen, wie weit Unterschiede in der Problemsicht behoben werden konnten.

Die Kernaussage seines Vortrags hatte Vorstandsmitglied Eckhard Behren, Heidelberg, bereits in die Formulierung des Titels gelegt: »Die Bundesbank kann heute nur die Verstetigung der Inflationsrate erreichen, aber nicht Preisstabilität!«. So erstrebenswert die Geldwert-

stabilität sei, so wenig sei sie in strengem Sinne mit dem bisherigen Instrumentarium auf Dauer erreichbar, weil sich die Theorie als noch unvollkommen erweise. Deswegen sah Behrens in der Verstetigung der Inflationsrate ein Zwischenziel und berief sich hierfür auf die Deutsche Bundesbank, die den »unvermeidlichen Preisanstieg« neuerdings gar zur »Norm« (!) erhebt, indem sie von »normativer Erhöhung des Preisniveaus« spricht. Schwankungen der Inflationsrate würden Effizienz- und Gerechtigkeitsverluste hervorrufen, und Einigkeit bestehe darin, daß man wegen drohender Insolvenz und Arbeitslosigkeit Inflationsraten nur langsam abbauen dürfe.

Im Gegensatz zu den Gastreferenten betonte Eckhard Behrens die umlaufunsichernde Wirkung einer stetigen Inflation. Nichtbenötigtes Geld müsse in langfristige Anlagen gedrängt werden, um damit zukunftsichernde Investitionen zu ermöglichen. Während Deflation den Umlauf ins Stocken brächte und Hyperinflation schädlich hastigen Umlauf verursache, sei zu fragen, wo zwischen diesen beiden Extremen der optimale Punkt liege. Bei 0 % Inflation fehle der notwendige Anreiz zur Geldweitergabe. Der »Hang zur Liquidität« werde durch Gewinnanreiz allein nicht genügend überwunden und lasse Vorsichts- und Spekulationskassen anschwellen. Marktwirtschaft brauche Gewinn- und Verlustanreiz. Letzterer sei spürbar erst ab etwa 3 %; er schlage deshalb eine Verstetigung der Inflationsrate bei 5 % vor.

Nach nur kurzen Hinweisen auf die Vorschläge im Sinne von Gelddurchhaltungskosten bei *Silvio Gesell* und *Rudolf Steiner*, deren Befolgung Inflation überflüssig machen würde, schloß der Referent mit zwei konkreten Bemerkungen: Die An-

kündigung der Bundesbank, auch künftig alte Noten umzutauschen, sei schädlich und gesetzwidrig. Und Überschüsse möge die Bundesbank künftig unter anderem dafür verwenden, Meßmethoden für Geldumlaufgeschwindigkeit zu entwickeln und diese als Frühwarnsystem zu nutzen.

Für dieses logisch und einleuchtend dargestellte Konzept einer verstetigten Inflationsrate erntete der Referent neben Beifall auch Kritik, und zwar von zwei Seiten. Helmut Creutz empfand es als Umweg, und die Gastreferenten vermochten sich trotz der diesem Konzept sich annähernden Praxis und Erkenntnislage der Bundesbank so nicht anzuschließen; sie verwiesen darauf, daß es vielerlei Unsicherheiten in der Wirtschaft und zahlreiche Faktoren für Veränderungen der Geldumlaufgeschwindigkeit gäbe. Daß eine 10%ige Inflation alle anderen Unsicherheiten kompensiere (so Behrens), mochte Dr. Franke-Viebach nicht akzeptieren und erinnerte an die derzeit verunsichernde Zinsbesteuerungs-Diskussion. Im übrigen sei doch der entgangene Zinsgewinn als Anreiz zur Geldweitergabe ausreichend. Der Mensch, so Franke-Viebach, müsse doch »wahnsinnig« sein, der sich diesen Vorteil entgehen lasse. Dem hielt ein Teilnehmer entgegen, daß vielleicht diese Zinsforderung mit allen ihren Folgen der eigentliche »Wahnsinn« sei, was Beifall im Publikum fand und die Gesichter der Gastreferenten immerhin nachdenklich stimmte.

Vorstandsmitglied Fritz Andres, Kirn, war es vorbehalten, zum Schluß nochmals zu verdeutlichen, weshalb das Seminar sich mit diesem Thema befaßte: Nur bei verstetigtem Geldumlauf (nicht unbedingt beschleunigtem, wie Franke-Viebach bezeichnenderweise mißverstanden hatte)

sei Dauervollbeschäftigung möglich, könne das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis sich zu einem Teilungsverhältnis wandeln und könne die »Rentnerseite der Marktwirtschaft« überwunden werden. Nur in solchem Gleichgewichtsverhältnis (im Gegensatz zum gegenwärtigen Machtverhältnis) werde aus dem Konkurrenzrenten ein Helfender.

Obwohl die Geldtechnik soziale Aspekte weitgehend verdrängte und trotz zu kurzer und nicht optimal gestalteter Diskussionsphasen dankten die Teilnehmer für die informative Tagung. Sie war ein Beitrag zur Verständigung zwischen

herrschender Geldtheorie und zukunftsweisenden »Außenseitereinsichten«, denen die Praxis näher gekommen ist, als die herrschende Theorie bislang zugeben mag. Aber auch manch allzu rigide formulierte Forderung unter uns »Außenseitern« nach Geldwertstabilität wird daraufhin zu überprüfen sein, ob solche Forderung (praktisch, politisch und psychologisch) notwendige Zwischenschritte übersieht und mehr das Streben nach Werterhaltung des Geldbesitzes fördert als das Bewußtsein, daß Geld nur in ständigem Fließen, nämlich kaufend, leihend und schenkend, seine Funktion erfüllen kann.

Georg Otto: Warum der Marxismus scheitern mußte*

Das Scheitern der marxistischen Staatswirtschaft im Osten hat bisher im linken politischen Spektrum nur vereinzelt Bereitschaft geweckt, die marxistische Ökonomie kritisch zu hinterfragen. Stimmt zum Beispiel die Annahme, Geld und Ware seien Äquivalente, auf der die Werttheorie gegründet ist, die zu der Überzeugung geführt hat, Privateigentum und Privatwirtschaft seien Ursache des Kapitalismus, seiner Ausbeutung und Krisen?

Die Liberalsozialisten in den Grünen und die liberalsoziale »Bürgerrechtsaktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden« haben 1991 eine Schrift von Georg Otto herausgegeben mit dem Titel »Warum der Marxismus scheitern mußte«. Es handelt sich um eine allgemeinverständliche, von Objektivität geprägte politische Streitschrift zur Aufhellung von Hauptwidersprüchen der marxistischen Ökonomie, die sorgfältig falsche und richtige Marx'sche Aussagen unterscheidet.

Zum Verstehen der Bedeutung der Mehrwerttheorie im Gedankengebäude von Marx, die als wissenschaftliche Basis aller politischen marxistisch-sozialistischen Programme gilt, ist zunächst folgendes wichtig zu wissen: Die Überzeugung, Privateigentum und Privatwirtschaft seien Ursache des Kapitalismus, ist älter als ihre wissenschaftliche Begründung. Wie nahezu alle Frühsozialisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraten auch Marx und Engels schon in jungen Jahren diese These (siehe Kommunistisches Manifest von 1847). Ihre wissenschaftliche Be-

gründung aber folgte erst im nächsten Jahrzehnt in verschiedenen Arbeiten, die 1867 im Band I »Das Kapital« zusammengefaßt wurden. Die Mehrwerttheorie ist eine Rechtfertigungstheorie für eine bereits früher proklamierte unumstößliche Ansicht. Die Forderung nach Aufhebung von Privateigentum und Privatwirtschaft folgte also nicht aus einer unvoreingenommenen Forschung über die Wirtschaftsverhältnisse. Die Mehrwerttheorie sollte unbedingt beweisen, daß die Ausbeutung auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht.

Otto kritisiert nicht die Mehrwerttheorie selbst, die in sich streng logisch sei, sondern die Voraussetzung, die Grundlage der Mehrwerttheorie. Weil – nach Marx – in der Zirkulation Äquivalente ausgetauscht werden – Waren gegen Geld, Arbeitskraft gegen Geld –, ist nicht in der Tauschsphäre die Ursache der Ausbeutung zu suchen, sondern im Produktionsprozeß, der über mehrere Schritte – bis zum Verkauf der Ware – dem Unternehmer schließlich mehr Geld bringt als er investiert hat.

Stimmt aber die Marx'sche Annahme, Geld und Ware, Geld und Arbeitskraft seien Äquivalente? Die verneinende Antwort ist bei Marx selbst zu finden: Geld kann zur Schatzbildung benutzt werden und somit den Zirkulationsprozeß unterbrechen, und es wird zur »stets schlagfertigen, absolut gesellschaftlichen Form des Reichtums«, zu Kapital. Der Geldbesitzer hat das Funktionsmittel Geld als Monopolist in der Hand, das alle für den Tausch brauchen, und dieses ist unverderblich. Die im Geld verkörperte »gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson«.

* Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 6,- in Briefmarken an Georg Otto, W-3226 Eberholzen

Die Äquivalenztheorie stimmt also gar nicht! Der Mehrwert wird zwar in der Produktion erarbeitet und beim Verkauf realisiert, aber er wird bereits bei der Bereitstellung des Kapitals zur Produktion *gefordert!* Arbeiter und arbeitende Unternehmer müssen von vornherein bereit sein, den Mehrwert (Zins) an die Kapitalbesitzer abzutreten, andernfalls erhalten sie das nötige Kapital nicht. Der Unternehmer *fungiert* nur mit dem Leihkapital und muß den Zins als Teil des Profits aus dem Verwertungsprozeß herausholen und an den Finanzkapitalisten abführen.

Marx' geldtheoretische Einsichten reichen als Ausgangspunkt für eine monetäre Erklärung der Ausbeutung und damit des Kapitalismus und seiner Krisen aus. Der Mehrwerttheorie bedarf es dazu nicht. Aus der von Marx beobachteten Rolle des Geldes ist es nur ein Schritt zur Erklärung des Mehrwerts/Zins aus der faktischen Überlegenheit des Geldes. Dieser Schritt wird im Kern in Band III »Das Kapital« vollzogen, der aber erst nach dem Tode von Marx durch Engels herausgegeben wurde (1894).

Auf den Gegensatz von Bd. I und Bd. III »Das Kapital« hatte bereits Silvio Gesell (1862–1930) hingewiesen in seiner Schrift »Die Ausbeutung, ihre Ursache und ihre Bekämpfung« (1922). Das Kapitel »Unternehmergewinn und Zins« im Bd. III »Das Kapital« steht dem Denken Gesells näher als der Wert- und Mehrwerttheorie, wie Otto feststellt.¹⁾

Aus der monetären Kapitalismuserklärung ergibt sich für die Überwindung der Ausbeutung und der kapitalistischen Krisen die Forderung, das Funktionsmonopol des Geldes zu brechen, so daß Geld keinen Mehrwert aus der Arbeit erpressen kann,

daß es reines Tauschmittel wird. Für diesen Lösungsgedanken hat Silvio Gesell die theoretische Grundlage geliefert. Zur Realisierung eines Angebotszwangs für Geld hat er besondere Maßnahmen zur Umlaufsicherung des Geldes vorgeschlagen. Otto schreibt dazu: »Der neue Umlaufantrieb . . . führt automatisch zu vermehrtem Angebot an Leihgeld. Dieser zunehmende Druck des Kapitals auf den Kapitalmärkten (zunehmende Konkurrenz der Kapitalisten untereinander) senkt den Zins in Richtung null ab. Mit jedem sinkenden Zinsprozent steigen die Löhne in Richtung auf den vollen Arbeitsertrag an. Der Umlaufantrieb ermöglicht eine Einkommensverteilung entsprechend den Arbeitsleistungen als Voraussetzung einer gerechten Einkommensverteilung. Das Kapital muß sich letztendlich mit der Wiedererstattung der Leihsumme ohne Mehrwert/Zins begnügen. Lediglich für Anlagen mit Risiko sind noch – infolge des Fehlens allgemeiner Konjunkturschwankungen und dadurch stabiler Wirtschaftslage – geringe Restrisikoprämien erzielbar. Gegen diese nach Einführung des Umlaufantriebs zwangsläufige Entwicklung kann sich das Kapital eben wegen dieses Umlaufantriebs nicht mehr mit Geldhortung wehren . . . Mit jedem sinkenden Zinsprozent und steigendem Anteil der Arbeitserträge am Gesamtvolkseinkommen findet ein qualitatives Umschlagen vom Kapitalismus zum Sozialismus statt.«

Otto hält an dem Begriff Sozialismus fest. Aus seiner Sicht hat es in den sozialistisch bezeichneten Ländern gar keinen Sozialismus gegeben. Die *Staatwirtschaft* sei zusammengebrochen, nicht der Sozialismus. »Der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein«, ist ein im Anhang der Broschüre abgedrucktes Flugblatt überschieden.

Das Wirtschaftssystem des Ostens hatte einen verhängnisvollen anderen Weg versucht. Der Hauptgrund dafür bestand darin,

¹⁾ Zur Ergänzung und wissenschaftlichen Vertiefung wird empfohlen:
Dieter Suhr: Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Aufklärung eines Widerspruchs in der Marx'schen politischen Ökonomie. Campus Verlag Frankfurt, 1988. 106 Seiten, ca. 28,- DM.

daß die Mehrwerttheorie die Aneignung des Mehrwertes durch die Kapitalisten falsch erklärt und dessen wirkliche Quelle, die im hortbaren Gelde steckt, verkannt wurde. Das Ziel des Sozialismus – Gleichheit und Freiheit – konnte daher nicht erreicht werden.

Voraussetzung für die Realisierung eines freiheitlichen Sozialismus durch umlaufgesichertes Geld wäre allerdings die Beendigung einer Wirtschaftspolitik, die ständig die Nachfrage nach Kapital steigert und somit das Zinsniveau hochhält. Ferner müßte das geltende Bodenrecht, das andere Standbein des Kapitalismus, so reformiert werden, daß die Bodenrente der Allgemeinheit zufließt.

Der Autor hat an der Bildung der Partei DIE GRÜNEN mitgewirkt. Seine liberal-sozialistische Gruppe in den Grünen ist durch das Eindringen zahlreicher Altmarxisten an den Rand gedrängt worden. Deren Vorherrschaft wurde durch den GRÜNEN AUFBRUCH 1987/88 überwunden, so daß nun freiere Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Im Sommer 1991 haben die Grünen in Sachsen-Anhalt die liberal-sozialistischen Forderungen zur Zins-, Geld- und Bodenpolitik angenommen. Man darf gespannt sein, ob sich im linken politischen Spektrum künftig das allmähliche Aufweichen ideologischer Verhärtungen fortsetzen wird.

Josef Hüwe

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Eckhard Behrens

Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V.
Bergstraße 29, 6900 Heidelberg

Helmut Creutz

Monheimsallee 99, 5100 Aachen

Prof. Dr. jur. Roland Geitmann

Martin-Bucer-Straße 6, 7640 Kehl

Hans Hoffmann

Bodenacker 30, CH-3065 Bollingen

Josef Hüwe

Riemeisterstraße 15, D-1000 Berlin 37

Fritz Penserot

Dhaunerstraße 182, 6570 Kirn/Nahe

Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

Roßbauchert 6, 7325 Bad Boll

Diether Vogel

Selbstbestimmung *und* soziale Gerechtigkeit

– Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

EIN STANDARDWERK DER DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Die vorliegende Arbeit beruht auf der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus. Dabei bedient sich Diether Vogel des in der *Natur, im Menschen und im sozialen Leben wirksamen Gesetzes* der Polarität (Goethe) als dem durchgängigen Prinzip aller Lebenserscheinungen.

Im sozialen Leben wirkt dieses Gesetz als Prinzip der »Gegenseitigkeit«, der Ausgewogenheit oder der Gerechtigkeit. Gleichsam wie ein »Naturgesetz« muß es in den sozialen Beziehungen der Menschen zur Wirksamkeit gebracht werden, wenn es nicht zu Spannungen und Krisen im Geben und Nehmen kommen soll. Das *Polaritätsgesetz* wird zum *methodischen Schlüssel* für das Verständnis der sozialen Gesetzmäßigkeiten. Diether Vogel weist in seiner Arbeit nach, daß in den Rechtsverhältnissen der Menschen, im sozialen Leben, der Interessenausgleich und damit der *soziale Friede* hergestellt werden muß, wenn es nicht zu permanenten *innerstaatlichen* und *zwischenstaatlichen* sozialen Konflikten kommen soll. So weist er – unseres Erachtens überzeugend – nach, daß eine *Auseinandergliederung* der drei sozialen Bereiche: *Kultur – Rechtsstaat – Wirtschaft*, die Ordnungsform ist, die Freiheit *und* soziale Gerechtigkeit im Zusammenleben der Menschen gewährleistet.

Der *soziale Aufbruch der Völker im Osten und die europäischen Einigungsbestrebungen* fordern geradezu die Herausgliederung der kulturellen und wirtschaftlichen *Unternehmungen der Menschen* aus den bisherigen nationalstaatlichen Grenzen. Dies gilt nicht nur für die europäischen Staatsvölker, sondern es ist auch die zeitgemäße Antwort für das künftige Zusammenleben der Menschen im *Vielvölkerstaat der Sowjetunion*.

Das vorliegende hochaktuelle Buch ist somit ein Methoden- und Lehrbuch zum vertieften Verständnis des Gemeinschaftslebens der Menschen im kulturellen, staatlichen und wirtschaftlichen Bereich. Wir meinen, daß es zur rechten Zeit erscheint, um den nach Lösungen der sozialen Frage suchenden Menschen eine *Erkenntnishilfe* zu sein.

Um über das Inhaltliche hinaus zu einem wirklichen Verständnis, zu einer Gesamtschau des Ineinanderwirkens der sozialen Prozesse (Interdependenz) zu gelangen, wird dem Leser dringend empfohlen, den Gedankengang und methodischen Aufbau dieses *Lehrbuches* kontinuierlich von den ersten Kapiteln an nachzuvollziehen.

556 Seiten, zahlr. Figuren und Tabellen, Fadenheftung, fester Einband mit Schutzumschlag, Ladenpreis DM 45,—.

LOTHAR VOGEL

DER DREIGLIEDRIGE MENSCH

*Morphologische Grundlagen einer
allgemeinen Menschenkunde*

*Hrsg. Naturwissenschaftliche und
Pädagogische Sektion*

*3., stark bearbeitete und erweiterte
Auflage 1992*

*536 Seiten, mit 155 Zeichnungen,
gebunden, Leinen, ca. Fr. 76,-/DM 89,-
ISBN 3-7235-0490-6*

*Hermann Poppelbaum
über die zweite Auflage:*

»Wie findet der Leser zu den Tatsachen, deren zusammengeschaute Summe dem Buch den Namen gibt? Die »Dreigliederung« des Menschen, zuerst nur vorläufig vereinfachend skizziert, an den drei Regionen des Skeletts wie tastend



versinnlicht, wird als Gestaltungsmotiv und Grundakkord immer ersichtlicher, bis sie im Widerspiel der Seelenerlebnisse wiedergeboren erscheint. Zuletzt krönt sie die sichtbare Erscheinung als Ich-Baustil des Menschenwesens.«

Geleitwort zur dritten Auflage

Die Neuauflage dieses grundlegenden Werkes zur Menschenkunde wird von vielen seit langem erwartet.

Die Darstellungen zur Dreigliederung des Menschen, entstanden aus der langjährigen Erfahrung einer allgemeinmedizinischen und schulärztlichen Tätigkeit, sind vor allem für die Lehrer der Waldorfschulen vielerorts zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer menschenkundlichen Arbeitsgrundlagen geworden. Darüberhinaus trägt die erweiterte, dritte Auflage auch der Tatsache Rechnung, daß dieses Werk inzwischen ebenso vielen künstlerischen Therapeuten und Medizinern zum Grundstudium der Menschenkunde dient.

Gerade die neu hinzugekommenen Kapitel zur Haut und zum Nerven-Sinnes-Organismus zeigen beispielhaft die hier geübte goetheanistische Betrachtungsweise; ihr Licht erhellt die zusammengetragenen Erkenntnisse aus Embryologie, Anatomie und Physiologie so, daß auch in der Fülle der Einzelheiten das Gesetz der Dreigliederung stets erkennbar bleibt.

Damit folgt der Autor einer Aufforderung Rudolf Steiners und schöpft bei seinen menschenkundlichen Studien aus der »Fundgrube« der durch die Naturwissenschaften bekannten Tatsachen.

Das Thema des »Dreigliedrigen Menschen« und seine Verbreitung weit in unsere medizinisch-therapeutischen Arbeitszusammenhänge hinein lassen es berechtigt und folgerichtig erscheinen, jetzt die Herausgabe im Zusammenhang mit der Medizinischen Sektion am Goetheanum vorzunehmen.

Dr. med. Marcus Roggatz
im Auftrag der Medizinischen Sektion der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft am Goetheanum

Freiwirtschaftlicher Jugendverband Deutschland e.V. FJVD

5600 Wuppertal 1 - Schanzenweg 86 - Silvio-Gesell-Heim - Tel. 0 20 53 / 58 64
Postgirok. Essen 112056-430, BLZ 360 100 43 - Sparkasse Velbert 357 251, BLZ 334 500 00

Einladung

zur Tagung des Freiwirtschaftlichen Jugendverbandes
vom 4. bis 6. September 1992
im Silvio-Gesell-Heim, Wuppertal 1, Schanzenweg 86

Hoffnung auf Friede und Gerechtigkeit

Zu diesem Thema bieten wir Ihnen Vorträge aus den verschiedensten Wissens- und Interessensgebieten.

Friede und Gerechtigkeit für alle können nur durch grundlegende und umfassende Veränderungen und Umdenkungsprozesse geschaffen werden.

Machen Sie auch Ihre Bekannten auf diese Tagung aufmerksam. Wir würden uns freuen, unsere Freunde und ganz besonders diejenigen, die noch nie im Silvio-Gesell-Heim waren, begrüßen zu können.

Notieren Sie sich den Termin und melden Sie sich bitte frühzeitig an. Sie finden für jedes Gesprächsthema den richtigen Partner: Kenner der Freiwirtschaftslehre und solche, die sie kennenlernen möchten.

Programm

Freitag, 4. September

- 19.00 Uhr Abendessen
20.00 Uhr »Ausblicke auf die Geschichte Velberts« in Wort und Bild
Studiendirektor Gerhard Haun, 1. Vorsitzender des Bergischen Geschichtsvereins

Samstag, 5. September

- 10.00 Uhr »Gerechtigkeit und Friede durch Wahrheit«
Adolf Paster, Präsident der HIFA (Hilfe für alle), Wien
14.00 Uhr »Wachstum in die Katastrophe«
Dirk Löhr, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Bochum
17.00 Uhr »Wege zu einer neuen Bodenordnung« – Fritz Andres, Assessor, Kirn
20.00 Uhr Junge Freunde der Freiwirtschaft nehmen Stellung zu Problemen unserer Zeit
Leitung Dirk Löhr

Sonntag, 6. September

- 10.00 Uhr 500 Jahre Kolonialismus in Lateinamerika 1492–1992
Werner Onken, Dipl.-Ökonom, Varel unter Mitwirkung von Hans Peter Thielen
12.00 Uhr Ende der Tagung

Auskunft und Anmeldung

Gabriele Frenking, Dillenberger Weg 91, 5620 Velbert 15, Tel. (0 20 53) 21 71

Auf Ihr Kommen freut sich der

Freiwirtschaftliche Jugendverband FJVD

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,
Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,
D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 35 73

Preis: Jahresabonnement DM 60,—, sfr. 60,—, ö.S. 500,—
(einschließlich Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 125,— (sfr. 125,—/ ö. S. 900) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Einzelhefte: DM 10,— sfr. 10,—, ö.S. 80,— (zuzügl. Versandkosten)

Sammel- jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 10,—, ö.S. 85,—
mappen: zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004 (BLZ 600 697 66)

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto: Pierre-Joseph Proudhon, System der ökonomischen
Widersprüche oder Philosophie des Elends, 1846

ISSN 0015-928 X
Kaisser-Druck GmbH, 7335 Salach
Printed in Germany

